

maldekstra #7

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

MÄRZ 2020



Alle reden vom Klima. Wir über Klimagerechtigkeit.

Die Klimakrise ist kein reines Umweltproblem. Sie bedroht die Lebensgrundlage von Millionen, führt zu mehr Armut, mehr Flucht. Wirtschaft und Gesellschaften müssen sich grundlegend wandeln.

Die Klimakrise ist die zentrale Herausforderung für die globale Gesellschaft. Das dramatische Voranschreiten des Wandels lässt Armut wachsen, vertieft Ungleichheit, vertreibt Menschen aus ihrer Heimat und heizt die Konflikte um Ressourcen an. Es ist auch kein Zufall, dass in Zeiten der Klimakrise nationalistische Abschottung um sich greift. Doch die Probleme des Planeten lassen sich nur global lösen. Weltweit engagieren sich schon seit langem Menschen nicht nur gegen Umweltzerstörung oder Raubbau an der Erde. Die Konflikte haben immer auch eine soziale und ökonomische Seite. Das Problem ist der Kapitalismus, die Alternative heißt Klimagerechtigkeit. Wer die Klimakrise überwinden will, darf über neue Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens nicht schweigen.

Inhalt

- 3 Höllenjahrhundert oder Klimawende** Die Krise ist Folge menschlichen Handelns. Das heißt aber auch: Wir können etwas tun.
- 5 „Es gibt keine Deadline, aber enormen Zeitdruck“** Nadja Charaby und Tazio Müller über Ereignisse, die neue Wahrheiten schaffen, Klimagerechtigkeit und die Linke.
- 10 Räume, die wichtig sind** Warum ich immer und überall auf Klimaaktivismus beharre und andere es ebenso tun sollten.
- 12 Es wird langsam Zeit** Klimagerechtigkeit ist ein Kampf gegen die gesellschaftlichen Strukturen, die Klim ungerechtigkeit verursachen.
- 15 Bittere Realität** Wie die Klimakrise bereits heute weltweit zu Flucht und Vertreibung führt.
- 17 Die Kloake sucht sich ihren Weg** Von der Klimakrise sind die Menschen in Kalifornien ebenso oft betroffen wie in Baja-California. Doch zwischen beiden verläuft Trumps Grenzwall.
- 19 Karten der Hoffnung** Latein-amerikanische Klimabewegungen werden stärker.
- 20 Stimmen, die bislang wenig Gehör finden** No climate justice without gender justice: feministische Perspektiven für mehr Klimagerechtigkeit.
- 22 Warum wir über Reparationen reden müssen** Der globale Süden fordert Wiedergutmachung für die Auswirkungen des Klimawandels – von den Verursachern im Norden.

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, in Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Hana Pfenning, Boris Kanzleiter

Redaktion Julia Funcke (Korrektorat), Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.), Anne Schindler, Mitarbeit: Nadja Charaby, Tazio Müller, Tom Strohschneider

Gestaltung Michael Pickardt

Kontakt Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Druckauflage 61.000

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über bestellung.rosalux.de. Anfragen und Leser*innenbriefe bitte an maldekstra@rosalux.org

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

„... die Erde und den Arbeiter“

Als wir mit der Planung dieser Ausgabe von „maldekstra“ begannen, brannte Australien – und es gab Leute, auch Politiker, die wollten darin „normale“ Buschfeuer sehen.

Als wir die ersten Gespräche mit Expert*innen über das Thema Klimagerechtigkeit führten, wurde „Klimahysterie“ zum „Unwort des Jahres“ ausgerufen – ein Begriff, mit dem Klimaschutz und Ökobilogische Bewegung diffamiert und wichtige Debatten zum Klimaschutz diskreditiert werden.

Als wir in die Produktion der Ausgabe einstieg, wurde gemeldet, dass der Eispanzer Grönlands immer stärker schmilzt – und zwar auch unter Wasser.

Als wir die ersten Manuskripte erhielten, lasen wir, dass eine Nachrichtenagentur auf einem Foto von „Fridays for Future“-Vertreterinnen beim Weltwirtschaftsforum in Davos die ugandische Klimaaktivistin Vanessa Nakate weggeschnitten hatte – als ob die Klimabewegung bloß „weiß“ wäre.

Als wir uns über das Layout Gedanken machten, kamen neue Berichte über das Abflauen des Golfstrom-Systems herein – dies gilt als einer der möglichen Kippunkte, welche die Zivilisation bedrohen könnten.

Als wir mit dem Korrektorat anfangen, schrieb eine Fachzeitschrift über eine Studie, laut der die Feuer in Australien eine historische Katastrophe waren – noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen wurde irgendwo auf dem Globus ein dermaßen großer Anteil eines Waldsystems durch Brände vernichtet. In Australien verbrennen in einer „normalen“ Feuersaison durchschnittlich zwei Prozent der Wälder – diesmal waren es also mehr als zehnmal so viel.

Als wir diese Ausgabe für den Druck fertig machten, war die Welt schon im Griff der Corona-Krise. Die Pandemie zeigte uns, zu welchen gravierenden, umfassenden, ja beispiellosen Maßnahmen die Politik fähig sein kann, wenn Gefahr besteht. Warum nicht mit selber Intensität, mit gleicher Durch-

schlagskraft, mit eben dieser Radikalität auch gegen die Klimakrise?

Diese Ausgabe widmet sich nicht einfach nur dem Klimawandel, der endlich und immer öfter als das bezeichnet wird, was er ist: eine Klimakrise. Auf den folgenden Seiten geht es um Klimagerechtigkeit, verstanden als ein politisches Herangehen, das die Krise nicht bloß als Umweltproblem begreift, sondern als ein gesellschaftliches: Es geht um Ungleichheit, um die Art, wie wir global produzieren, verteilen, um die sozialen und kulturellen Folgen einer Ökonomie, die Ressourcen nicht aus bösem Willen verbraucht, sondern weil dies einer Logik entspricht, der sie blind folgt. „Die kapitalistische Produktion“, so hat es Karl Marx im ersten Band von „Das Kapital“ geschrieben, untergrabe „die Springquellen allen Reichtums“: „die Erde und den Arbeiter“.

Wir würden heute anders formulieren. Wir würden darauf hinweisen, dass es nicht nur um die Erde geht, sondern um komplexe Ökosysteme, um unwiederbringliche natürliche Ressourcen – um die Möglichkeiten des Lebens, Arbeitens, Liebens überhaupt. Wir würden „den Arbeiter“ genauer fassen: Nicht alle Beschäftigten sind gleichermaßen von der Klimakrise betroffen, es ist von Belang, ob es sich zum Beispiel um Frauen handelt, ob man im globalen Süden lebt, wie man in die globale Arbeitsteilung eingebunden ist, welche Rechte man hat, um sich zu wehren und sich gegen die Klimakrise zu engagieren. Einige von ihnen stellen wir in dieser Ausgabe der „maldekstra“ vor, in der Hoffnung, aufmerksam machen zu können auf die vielen Ungenannten, die sich für Klimagerechtigkeit, für ökologischen Wandel, für eine andere Welt engagieren. Denn auch davon, vom wachsenden Widerstand gegen Gleichgültigkeit und kapitalistisches „Weiter so“, haben wir viel erfahren bei der Arbeit an dieser Ausgabe von „maldekstra“.

Kathrin Gerlof

Agenda

We will rise! Or: We will burn! „Klimawandel ist ungerecht“, so ist das Internetdossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema dieser Ausgabe überschrieben. Unter anderem findet man dort eine schöne Doppel-Karte: Die Vorderseite verschafft einen Eindruck von der globalen Bewegung gegen die Klimakrise – von den Anti-Öl-Protesten in Nigeria über die Protestmärsche indigener Frauen am Amazonas und die Northern Forests Defence in der Türkei bis hin zur Kleinbäuer*innenbewegung in Indien. Auf der anderen Seite der Karte findet man weltweit Beispiele für die Folgen des fossilen und kolonialen Kapitalismus, die von der Klimakrise noch verschlimmert werden. Das Dossier bietet aktuelle Kommentare und Analysen und ist unter rosalux.de/dossiers/klimagerechtigkeit abrufbar.

Globale Solidarität Die Welt gerät aus den Fugen: Soziale Spaltung, Ungleichheit, Wirtschaftskrise, Klimakatastrophe und der globale Aufstieg eines neuen Autoritarismus prägen die Nachrichtenlage. Weil all diese Probleme nicht nur globaler Natur, sondern auch inhaltlich miteinander verwoben sind, kann keines von ihnen allein und ausschließlich auf der nationalen Ebene gelöst werden – deshalb muss die Linke in all ihrer Diversität den Internationalismus wiederentdecken und von Grund auf erneuern. Wie kann wirkliche globale Solidarität zwischen Kämpfen entstehen? Was kann ein neuer Internationalismus vom historischen lernen? Was hat das alles mit sozial-ökologischer Transformation und dem Nord-Süd-Verhältnis zu tun? Um diese und noch viel mehr Fragen dreht sich vom 21. bis 23. Mai 2020 eine große internationale Konferenz in Leipzig: „Globale Solidarität – Für einen Internationalismus der Zukunft“. Mehr Infos dazu gibt es unter soli.global.



Staubsturm und Brände im Tschad. Der regionale Wasserbedarf und vielleicht auch der Klimawandel haben die Oberfläche des Sees dramatisch geschrumpft, und es sind Sanddünen (Bräunungsstreifen) zu sehen, die in die dichte Vegetation um den kleinen See herum eindringen. Verstreute Brände (rote Punkte) wurden entdeckt.

Höllenjahrhundert oder Klimawende

Der Klimawandel ist die Folge menschlichen Handelns. Das ist schlimm, heißt aber auch: Wir können etwas tun. Von Kathrin Gerlof

Vor 450 Millionen Jahren starben 86 Prozent aller Arten aus, 70 Millionen Jahre später waren es 75 Prozent, 50 Millionen Jahre darauf 80 Prozent und vor 80 Millionen Jahren noch einmal geschätzte 75 Prozent, andere Schätzungen gehen von 98 Prozent aus.

Nichts davon hatte mit dem Menschen zu tun, der trat erst später auf die Bühne. Und er ist weit gekommen. So weit, dass er seit Beginn des Industriezeitalters alle Voraussetzungen dafür geschaffen hat, seine Lebens-

grundlagen so nachhaltig zu zerstören, dass er als Spezies vom Planeten verschwindet. Der Mensch ist im Holozän auf der Bildfläche erschienen und gestaltet in dem nach ihm benannten Zeitalter Anthropozän die Welt nach seinen Vorstellungen um. Dass sie mit all ihren Schätzen und Ressourcen zwar groß, aber doch endlich ist, beginnt er jetzt zu begreifen. Vom Verstehen zum Handeln ist es ein weiter Weg. Und gerade reden wir darüber, dass wir zwar möglicherweise den Weg oder die Wege

finden, aber die Zeit nicht reicht, sie dann auch einzuschlagen.

Dies wäre die alarmistische und somit wenig hilfreiche Lesart einer Entwicklung, die wir wahlweise mit „Klimawandel“ oder „Klimakrise“ beschreiben. Wobei es klug ist, weil organisch damit verbunden, das Artensterben als Folge menschlichen Handelns einzubeziehen. Weltweit ist davon bereits ein Drittel aller Arten betroffen. Hierzulande haben wir zum Beispiel seit 1800 rund 80 Prozent der



Weg zum Ruin

Elektroautos sind die Zukunft. Der Jubel ist groß. Denn die Autos schonen dort, wo sie gefahren werden, tatsächlich die Produktion. Sie zu produzieren allerdings ist weitaus weniger umweltfreundlich, weil sehr ressourcenintensiv. Teslas Vorstandsvorsitzender Elon Musk hält Leute, die sich weigern, ein E-Auto zu kaufen, für verrückt. Der Technik-Optimismus ist ungebrochen, da gilt als Spielverderber, wer darauf aufmerksam macht, dass im globalen Süden, woher die meisten Rohstoffe für den Bau der neuen, besseren und ökologischeren Autos kommen, bestehende Ungerechtigkeiten in der Rohstoffindustrie wachsen.

Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt die behauptete Nachhaltigkeit von Batterien für E-Fahrzeuge auf Nickelbasis fachkundig und klug infrage. Die Studie dreier Autor*innen untersucht die Wertschöpfungskette der Nickelproduktion in Indonesien, einem Land, das seine Lagerstätten viel zu lange ausländischen Unternehmen geöffnet hat, was den lokalen Industrien zum Nachteil gereichte. Ein Exportverbot und ein Plan zur Entwicklung der eigenen Verarbeitungsindustrie sollen dies korrigieren und die Bergbauunternehmen veranlassen, eigene Verarbeitungsanlagen zur Veredelung von Nickelerz zu bauen.

Allerdings folgt aus diesem Streben nach Eigenständigkeit, dass einige wenige, kapitalkräftige Bergbauunternehmen große Gewinne machen werden. Das Exportverbot lockte ausländische Direktinvestoren an, vor allem aus China, die an Wirtschaftsstandorten wie im indonesischen Morowali Industrial Park (IMIP) investieren. Verlierer*innen gibt es viele und Gewinner nur sehr wenige. Das zeigt die Studie und beleuchtet klug, woran wir sind, wenn globales Kapital lautstark verkündet, nachhaltig und ökologisch in die Zukunft hinein zu produzieren.

rosalux.de/en/publication/id/41300/road-to-ruin/

heimischen Vogelarten verloren. Auf 60 Prozent der Erdoberfläche ist die biologische Vielfalt so ausgedünnt, dass die Ökosysteme nicht mehr gut funktionieren.

Alarmismus aber hilft nicht, weil daraus häufig Lethargie oder, schlimmer noch, Resignation erwächst. Den Ernst der Lage zu beschreiben und zu sagen, dass wir entweder jetzt handeln müssen oder es laufen und uns somit gehen lassen können, ist kein Alarmismus. Vorausgesetzt, wir vertrauen auf das, was Wissenschaftler als Fähigkeit zur kumulativen kulturellen Evolution bezeichnen. Oder einfacher gesagt: Problembewusstsein, gemeinsame Lösungssuche, kollektiv vernünftiges Handeln. Eine Frage des Überlebens und somit längst dem Bereich des bloß Theoretischen entwachsen.

Der Beginn der industriellen Revolution ist zwar die Zäsur, aber vergessen werden sollte nicht, dass mehr als die Hälfte des durch das Verbrennen fossiler Energieträger ausgestoßenen Kohlendioxids in den vergangenen drei Jahrzehnten in die Atmosphäre gelangte.

Vor 28 Jahren präsentierten die Vereinten Nationen ihre Klimarahmenkonvention. 20 Jahre zuvor hatte der „Club of Rome“ die Grenzen des Wachstums aufgezeigt und zwölf Zukunftsszenarien beschrieben. Sechs davon formulierten bei einem „Weiter so“ verschiedene daraus resultierende Möglichkeiten des Zusammenbruchs. Die Zusammenfassung, die damals kaum jemand hören wollte und heute noch immer nicht genügend Menschen hören wollen, lautete: Wenn wir zulassen, dass unser ökologischer Fußabdruck größer wird, als es der Planet zulässt, werden wir die Folgen nicht mehr ausbügeln können. Seitdem wachsen weltweit die Bruttoeinkommen, die Bevölkerungen, die CO₂-Emissionen, die Verbräuche an fossilen Brennstoffen, steigt die Durchschnittstemperatur, erwärmen sich die Meere, schmelzen die Polkappen.

1997 wurde mit dem Kyoto-Protokoll festgeschrieben, dass eine Erwärmung der Erdatmosphäre um zwei Grad als Grenzwert zur weltumspannenden Katastrophe gilt. Die zwei Grad erreichen wir mit allergrößter Wahrscheinlichkeit, weshalb sich politisches Handeln heute eher mit der Bewältigung der Klimakrise beschäftigt und beschäftigen muss als mit ihrer Verhinderung. Verhindern lässt sie sich nicht mehr. Umso erstaunlicher ist, dass jenes Ende vergangenen Jahres verabschiedete „Klimapakete“ der Bundesregierung es mit einem Einstiegspreis von zehn Euro pro emittierte Tonne CO₂ tatsächlich schaffte, die kühnsten Befürchtungen zu überbieten. Solche Entscheidungen kommen der Leugnung des Klimawandels ziemlich nahe.

Was tun, wenn Nichtstun keine Option ist? Lösungen müssen politisch ausgehandelt und in Verträge und Verpflichtungen gegossen werden. Weltweit und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass jene, die am meisten unter den schlimmen Entwicklungen des

Klimawandels leiden und leiden werden, am wenigsten dazu beigetragen haben und beitragen. Es geht also um Umverteilung, Schuld- und Schuldenabbau und Wachstumsverzicht überall dort, wo am meisten produziert und verbraucht wird, bei gleichzeitiger Verlagerung sämtlicher Folgekosten auf ärmere Länder, beziehungsweise in staatliches Handeln, das zugleich als Zulieferer ökologisch verheerender und grenzenlos profitorientierter Unternehmensstrategien missbraucht wird.

Dass diese Lösungen allerdings überhaupt entwickelt, in Betracht gezogen und vertraglich gebunden werden, sollte von der Politik oder besser den Politikern nicht erhofft und erwartet werden. Man kann sie dazu zwingen, aber dafür braucht es eine weltweit starke und stärker werdende Klimabewegung in all ihren unterschiedlich organisierten und agierenden Facetten. Denn „Politik ist das, was möglich ist“, so hat es Bundeskanzlerin Angela Merkel formuliert.

Wenn man es aber der Politik überlässt, allein darüber zu bestimmen, was möglich ist, dann wird sie auch in Zukunft nicht das tun, was nötig ist. Das heißt, ihr darf nicht überlassen werden, zu definieren, was sie für machbar hält – immer die nächste Wahl im Blick. Sonst bleibt es bei zehn Euro pro emittierte Tonne CO₂ und Klimagipfeln, bei denen wider alle Vernunft allein nationalstaatliche Interessen das Maß des Verhandlbaren bestimmen.

Die gute Nachricht lautet: Diese weltweit starke und stärker werdende Klimabewegung gibt es. Sie besteht bei Weitem nicht nur aus „Fridays for Future“ oder „Extinction Rebellion“. Stattdessen nährt sie sich aus Bewegungen, Initiativen, Widerständen, Organisationen überall auf der Erde. Und sie nährt sich aus dem Sachverstand wissenschaftlicher Expertise, die noch nicht alle (niemals alle), aber ausreichend Informationen, Erkenntnisse und Vorschläge an die Hand gibt, dass die notwendige Forderung nach vernünftigem Handeln nicht als Luftschloss formuliert werden muss.

Die weltweite Klimabewegung setzt nicht, wie die Politik, auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes, die Stärke und Fantasie des kapitalistischen Systems und die Versprechen technischen Fortschritts und neuer, grüner Deals. Weil es Märchen sind und der süß-klebrigen Melodie einer Warteschleife gleichen.

Die Wissenschaft spricht von knapp 30 Jahren, die noch zur Verfügung stehen, um den Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen zu schaffen und auf Null-Emissionen zu kommen. Noch nicht mal eine Generation. Deutschland stößt jährlich 866 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus und ist damit weltweit einer der größten Treibhausgasemittenten. Gegenwärtig besteht Politik wesentlich darin, herumzurennen, mit dem Finger auf andere zu zeigen und „Halt den Dieb!“ zu schreien. Bei den Klimabewegungen funktioniert der billige Trick nicht mehr. Das allein ist schon Ermutigung.



Gern wird das Bild von der Uhr benutzt. Auch wenn es inzwischen fürchterlich abgenutzt ist. Und immer ist es fünf vor zwölf, wenn wir über die Klimakrise reden. Wie spät ist es wirklich?

Nadja: Für uns ist es fünf nach zwölf.

Das heißt, ihr gebt da noch was drauf?

Nadja: Die Auswirkungen des Klimawandels sind überall spürbar. Aber es gibt auch verschiedene Zeitzonen.

Klimazeitzonen?

Nadja: Die Klimakrise trifft bestimmte Regionen – die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben – viel härter als andere. Deswegen ist es dort definitiv schon fünf oder Viertel nach zwölf, während es bei uns vielleicht noch fünf vor zwölf ist. Aber ehrlich gesagt wird das Bild schon so lange benutzt und die Klimakrise hat so schlimm Fahrt aufgenommen, dass es eigentlich schon später ist. **Tazio:** Klimazeitzonen, das ist eine spannende Beschreibung, weil darin Ungleichzeitigkeit enthalten ist. Für die wir eigentlich noch gar keine Bilder haben. Es ist auch eine Frage, worauf man sich bezieht. Die Idee, dass es so eine globale

Gleichzeitigkeit gibt, also demzufolge alle noch gleich viel Zeit haben, geht von einer Katastrophe aus, die überall auf der Welt gleich ist und für alle zum selben Zeitpunkt eintritt. Mit der daraus entstehenden Schlussfolgerung haben wir es gegenwärtig immer mehr zu tun. Also damit, zu sagen: Es ist eh zu spät, wir können nichts mehr tun, lasst die Menschheit sterben. Das ist in meinen Augen Wohlstandsressismus. Verpackt in eine leicht progressiv aufgeladene, aber antihumanistische Haltung mit dem Verweis darauf, was wir anderen Tierarten antun.

Du meinst das, was kürzlich zum Beispiel der Autor Jonathan Franzen erklärte? Lasst alle Hoffnung fahren?

Tazio: Ganz genau. Das ist eine fast religiöse Denke, Katastrophe, Apokalypse, die dann Katastrophe plus Erleuchtung ist. Totaler Quatsch. Denn die Leute, die die Scheiße gebaut haben, können einfach ihr Leben weiterleben. Preppertum auf hohem Niveau. Ungerechtigkeiten kannst du mit solchen Zeitmetaphern nicht abbilden. Diese Idee der Apokalypse, bei der das Klima sozusagen als ein Event umkippt, das gibt es so nicht. Wir



Foto: privat

Nadja Charaby ist Referatsleiterin Internationale Politik und Nordamerika und Referentin für Klimapolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Tadzio Müller ist dort Referent für Klimagerechtigkeit und Internationale Politik. Mit den beiden sprachen Kathrin Gerlof und Tom Strohschneider.



Foto: Rosa-Luxemburg-Stiftung

brauchen neue Bilder für eine ungerechte, schlechende Klimakatastrophe.

Diese nun abgenutzten oder falschen Bilder sind mit dem Ziel entstanden, überhaupt ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, was passiert, und zu sagen: Wir haben nicht mehr viel Zeit, wir müssen handeln. Auf der anderen Seite leben wir durch diese Bilder auch in Furcht. Das lähmt.

Nadja: Es entsteht aber auch eine Mobilisierung durch die Krise. Wir haben in der Vergangenheit vor vielen Sachen Angst gehabt, die es heute nicht mehr gibt. Wenn wir jetzt eher darauf abzielen, was in den letzten Jahren passiert ist, scheint mir das richtiger. Es sind unglaublich viele Menschen auf die Straßen gegangen und haben gesagt, sie lassen sich das nicht mehr gefallen. Viele verknüpfen das mit der Forderung nach einem anderen System. Das ist nicht Schockstarre, sondern das Gegenteil. Das bricht Lähmung auf. Die Klimakrise ist im Zentrum der Gerechtigkeitskrise verankert.

Tadzio: Die Idee, dass Mobilisierung mit Angst nicht funktioniert oder dass Angst demobilisiert, ist Quatsch. Wir stehen in der Tradition von Rosa Luxemburg, die gesagt hat: Sozialismus oder Barbarei, und wenn Barbarei keine Angst macht, weiß ich auch nicht. Wir Linken haben immer noch nicht verstanden, worum es bei der Klimakrise geht. Die stellt Fragen an uns Linke, die mit grundlegenden Dingen von Zeitlichkeit zu tun haben. Uns in unserer strategischen Irrelevanz gemütlich einzurichten, weil die Geschichte das Problem löst, ist falsch. Die Klimakrise stellt eine völlig andere Frage. Sie sagt: Jetzt ist Zeitdruck. Es ist nicht ganz klar, wann das Problem

eintritt, aber es gibt Zeitdruck, denn in dieser Frage wird es nicht nach hinten raus besser. Zu sagen: Ihr dürft nicht mit Angst mobilisieren, ist so, als sagte man: Ihr dürft nicht über Verzicht reden. Das sind psychologische Mechanismen, die da an den Start gebracht werden, wenn man sich nicht mit der fundamentalen Herausforderung auseinandersetzen will, die die Klimagerechtigkeitsfrage auch für linke Strategien darstellt. Hier im globalen Norden. Was bedeutet es denn, wenn wir nicht mehr sagen können: Alles für alle! Wohlstand für alle! Sondern Umverteilung von allen – auch den Subjekten der Arbeiterklasse im Norden – fordern.

Wir wissen von dem Projekt Automation und Qualifikation in den 1970er Jahren, einer riesigen Transformation, da haben Gewerkschaften gesagt: Die Roboter nehmen uns die Arbeit weg.

Nadja: Die Klimakrise nimmt die Arbeit auch weg. Das sollten die Gewerkschaften bei ihren Kämpfen immer mitdenken.

Diese Art der damals gewerkschaftlichen Kommunikation war in Wahrheit demobilisierend. Die Pointe von Frigga Haug, den Gewerkschaften vorzuschlagen, ein positives Szenario zu entwickeln, eine Perspektive, hat ein bisschen funktioniert.

Tadzio: Es gibt heute keine übertrieben katastrophische Erzählung. Der Klimadiskurs in der angelsächsischen Welt nimmt schlimme und schlimmste Szenarien viel expliziter auf, als es der deutsche Diskurs macht. Mit Ausnahme von „Extinction Rebellion“ und ein paar Radikales. Unser Klimadiskurs hier ist eine riesige Kuschelveranstaltung im Angesicht totaler



Die Antarktis schmilzt unter den heißesten Tagen, die es gibt. Eiskappen und Gletscher spürten die Hitze, als die Temperaturen 18,3°C (64,9°F) erreichten.

NASA.gov / Visible Earth

Irrelevanz politischer Vorschläge, wie sie hier heute gemacht werden. Es gibt keinen realistischen Klimadiskurs. Wer von uns sogenannten Katastrophist*innen hätte denn vor wenigen Jahren gedacht, dass in Nordeuropa im Frühjahr 2019 die Bäume brennen? Die Katastrophen sind da, und meine Frage ist: Warum reden wir immer noch über Katastrophismus? Das hat doch keine Relevanz.

Die Ungleichzeitigkeit weltweit. Dahinter steckt das Problem, dass Klimapolitik immer noch sehr stark Nationalpolitik ist, aber Globalpolitik sein müsste. Welchen Beitrag bietet dafür das Konzept der Klimagerechtigkeit?

Nadja: Wo das historisch herkommt, ist die Frage. Die Menschen hier sind nicht auf die Straße gegangen – und es waren und sind viele –, weil sie für internationale Solidarität kämpfen wollen. Nicht für Inselstaaten, die in naher Zukunft ab-saufen werden. Sie sind auf die Straße gegangen, weil ihre Zukunft zerstört wird und weil sie die Klimakrise am eigenen Leib spüren. Seit zwei Jahren massiv. Das Erleben dieser Hitzesommer hatte schon ein stark mobilisierendes Moment. Wir haben geredet, geredet, geredet, und lange schien es, als nützte das nicht ausreichend. Sicher, es hat sich eine starke Anti-Kohle-Bewegung formiert, die auch international gesehen wird und die schon ein kleiner Beitrag zur globalen Solidarität ist. Hier setzt die Debatte um Klimagerechtigkeit auch an. Zu sagen, dass der Wohlstand der Industrieländer wesentlich auf dem Verbrennen von fossilen Brennstoffen beruht. Seit mehr als 200 Jahren. Gekoppelt mit kolonialer Ausbeutung vieler Länder. Und die am wenigsten zu sagen

haben, in den ärmeren Ländern, haben jetzt die Folgen dieses Tuns auszubaden. Da den Gedanken der Solidarität reinzubringen, indem man auf die historische Dimension hinweist und sagt, dass erst einmal jene Länder, die die Krise verschuldet haben, CO₂ reduzieren müssen, das ist Kern der Debatte. Knapp 100 Unternehmen weltweit gründen ihren Reichtum, ihre Gewinne auf das Verbrennen fossiler Brennstoffe. Die Weltgemeinschaft hat vor rund 30 Jahren verstanden, dass man die Klimakrise nicht nationalstaatlich regeln kann. Dann wurden Klimaabkommen getroffen, aber die Idee war weiterhin: Der Markt wird es regeln. Dem stellt man noch ein paar Mechanismen bei, aber nie war gewollt, das Wirtschaftssystem grundsätzlich infrage zu stellen. Stattdessen, Marktanreize für klimafreundliches Handeln zu schaffen. Was, wie wir heute wissen, zu Menschenrechtsverletzungen anderswo führt, wenn ich hier meine schmutzige Produktion freikaufen kann, indem ich anderswo Kleinbauern das Land wegnehme, um es dann aufzuforsten und die Wälder dann auch noch zu privatisieren.

Tadzio: Klimagerechtigkeit ist ein vielschichtiger und auch ein sehr nützlicher Begriff. Was ist Klima alles nicht? Es ist kein Ökothema, wie wir das in Deutschland so klassisch diskutiert haben. Zu dem abgenutzten Bild mit der Uhr gesellte sich das mit dem Eisbären auf der schmelzenden Scholle. Nichts gegen Eisbären. Aber wenn wir „Klimagerechtigkeit“ sagen, ist damit auch gesagt: Hier geht es um Menschen. Und der Begriff macht sowohl die Globalität als auch die Ungleichzeitigkeit auf. Er sagt zugleich: Wir reden hier, wenn wir von Krise

sprechen, nicht von der Zukunft. Seit 2018 wissen wir das auch hier. Die Amerikaner wussten seit Hurrikan Katrina, dass die Klimakrise im Norden angekommen ist. Klimagerechtigkeit sagt, es ist eine historisch entstandene Ungerechtigkeit da, es ist eine globale Ungerechtigkeit, es geht um Macht, um Verteilung. Wir wollen sagen: Hey, gesellschaftliche Linke, progressive Menschen hierzulande: Wir müssen uns jetzt dieses Themas annehmen! Und wichtig auch: Es gibt keine Deadline, es gibt enormen Zeitdruck. Aber das ist nicht dasselbe. Und dieser Zeitdruck unterscheidet sich von dem bei anderen Themen.

Nadja: Wir müssen uns durch diese Klimagerechtigkeitsbrille auch das gesellschaftliche Gefüge anschauen. Der Kampf für Klimagerechtigkeit kommt aus den USA, als Black Communities gefragt haben, warum dreckige Industrien eigentlich immer an ihre Wohnorte gelegt werden. Die haben also auch die soziale Frage gestellt. Und hier stellt sich die Frage ebenso. Wer kann sich, wenn die Sommer immer heißer werden, die klimatisierten Wohnungen leisten? Wer wird im Grünen wohnen können? Wessen Jobs killt die Klimakrise? Wer will und kann denn noch auf der Baustelle arbeiten, wenn die Temperaturen in den Sommern gefährlich für Leib und Leben sind?

Tadzio: Die Frage des Zeitdrucks ist enorm wichtig. Der Hitzesommer 2018 hat gezeigt: Das politische System ist unfähig, Lösungen zu finden. Psychologisch wissen wir, dass der Mensch Katastrophen in einem anderen Areal des Hirns abspeichert als laufende Prozesse. So lassen sich Traumatisierungen vermeiden oder beherrschen, so dass du funktionieren kannst. Aber 2018 hat gezeigt, dass sich der Alltag ändert. Das ließ sich auch nicht mehr weg-schließen. Das ist nicht nur eine Katastrophe, die vorbeigeht, sondern es wird anders. Das hat dazu geführt, dass wir im November 2017 25.000 Menschen in Köln bei einer Klimademo zur COP hatten. Und dann 1,5 Millionen im September 2019 bei „Fridays for Future“! Die junge Generation lässt sich nur noch schwer einbinden. Die ist unglaublich Bullshit-resistent. Weil die weiß, es muss jetzt was passieren.

Es braucht ja, wenn wir über Gerechtigkeit reden, eine Argumentation, die klarmacht, dass dies heute nicht mehr heißen kann: Ich möchte gern, dass es mir genauso gut geht wie dir da. Ich möchte dein Lebens- und Wohlstandsniveau haben. Denn der Mensch orientiert sich ja nicht nach unten, stattdessen in die andere Richtung. Wie erklären, dass sich Gerechtigkeit nicht herstellen lässt, wenn es bei der gegenwärtigen Wachstumsorientierung bleibt.

Nadja: Was ist das Mehr? Dass ich jede Woche 60 Stunden arbeite, einen Kredit für eine Eigentumswohnung aufnehmen und ein Auto fahren kann? Das heißt, wir müssen tatsächlich darüber reden, wo wir hinwollen. Degrowth – weniger arbeiten, weniger konsumieren, ja. Würden alle so leben wollen wie hier, bräuchten wir einige Planeten. Dieser Ressourcenverbrauch geht nicht für alle. Zugleich sind die Deutschen nicht die glücklichste Bevölkerung der Welt. Ich will es aber auch nicht so sehr auf die individualistische Schiene schieben. Aber richtig, die Diskussion, wohin denn

eigentlich, die haben wir noch nicht ausreichend geführt. Und wir sollten sie jetzt führen. Denn gleichzeitig können wir uns hier nicht hinstellen, um unseren philippinischen Kollegen zu erzählen, sie sollten jetzt vegetarisch essen.

Tadzio: Es gibt da im Grunde zwei Bewertungsmaßstäbe. Einen bezeichne ich mal etwas abwertend als methodologischen Nationalismus. Das heißt, da ist der nationale Vergleichsmaßstab wichtig. Gar nicht dumm, weil Umverteilung nun mal im nationalen Rahmen stattfand, im Rahmen des Wohlfahrtsstaates, der mal eines der zentralen Gerechtigkeitsprojekte auch der Linken war. Leider haben wir Linken gegenwärtig nur eine Art und Weise, wie wir Gerechtigkeit herstellen: Umverteilung im nationalen Rahmen. Das bedeutet natürlich Externalisierung. Wir exportieren damit Ungerechtigkeit anderswohin. Und dieses unser Haupttool funktioniert mit der Klimakrise nicht mehr. Wir müssen umschalten auf einen radikalen Globalismus. Also gemeinsame Gerechtigkeitsstandards entwickeln. Das beinhaltet eine Umverteilung von den Reichsten von uns zu den Ärmeren.

Das heißt, es muss darüber diskutiert werden, wie materieller Wohlstand vom Norden in den Süden verteilt wird?

Tadzio: Ja. Das müssen wir. Und wenn es da keine finanziellen Umverteilungsprozesse gibt, wird der globale Süden nicht mit Klimaschutz anfangen.

Nadja: Wobei das kein Widerspruch dazu ist, dass es auch hier eine Umverteilung von oben nach unten geben muss.

Tadzio: Wir müssen beides denken. Umverteilung im nationalen Rahmen von oben nach unten und im globalen Rahmen. Und wenn du da schaust, wo die Wohlstandsgrenze ist, dann landest du bei fast allen hierzulande. Im globalen Maßstab. Was das für ein gesellschaftliches Projekt bedeutet, ist sehr schwer zu verstehen. Deshalb bin ich so begeistert von der jungen Generation.

Die ist mehr bereit, umzuverteilen, abzugeben, global zu denken?

Tadzio: Ich glaube nicht, dass die revolutionär sind, aber sie denken global, weil es für die absurd klingt, zu glauben, man könne die Krise auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Die junge Generation ist ein gesellschaftlicher Akteur, der eine Perspektive nach vorne ermöglicht. Denn die Lösungen der Vergangenheit sind keine. Der zentrale Massenakteur ist diese Generation.

Generation statt Klasse als sozusagen revolutionäres Subjekt. Nun sammelt sich die gesellschaftliche Linke seit mehr als 100 Jahren um das Klassenparadigma. Wechselt das?

Tadzio: Ich tue der jungen Generation gerade intellektuell das an, was Marx dem Industrieproletariat angetan hat. Eine reale Gruppe von Menschen mit einer geschichtsphilosophischen Erwartung auf-laden und sagen: Jetzt macht mal! Aber ja, die Klimakrise braucht ein völlig neues Akteurparadigma. Da müssen wir auf 68 schauen, denn das war keine globale Klassenrevolte, stattdessen eine globale Generationenrevolte. Das Ganze heute als klassenpolitisches Projekt zu denken, produziert unglaub-



Typhoon über Japan

shutterstock

lich viel intellektuelle Grütze, es als Generationenprojekt zu denken, erlaubt zumindest ein Potenzial für eine Zukunft, die wir uns nicht allein aus unseren Köpfen saugen, sondern die auf den Lebensrealitäten eines neuen Akteurs gründet.

Sprecht ihr mit dem Begriff „Generation“ tatsächlich von einer Alterskohorte oder meint ihr eine Denkhaltung?

Tadzio: Es gibt Ereignisse, die schaffen neue Wahrheiten. Und da werden dann viele Teil von einem solchen Projekt. Aber die Führung dieses Projekts liegt bei der jungen Generation.

Nadja: Eine junge Generation treibt gerade eine ältere Generation vor sich her. Das ist gut. Dann gibt es aber viele Akteure, die seit Jahrzehnten kämpfen, und zwischen denen und jenen sollte ein Diskurs hergestellt werden. Gibt es ja auch schon. Oft wird abfällig auf neue Akteure geschaut. Das tun wir nicht. Wir arbeiten respektvoll zusammen.

Tadzio: Wir kämpfen seit zehn Jahren und sind ein paar Tausend auf der Straße geblieben. Die junge Generation kommt auf vier Millionen Leute. Das ist eine Verhandlungsmasse. Und jetzt sagen die Gewerkschaften, sie haben eine Klimaposition. Warum? Wegen der jungen Generation, nicht wegen vier Jahren „Ende Gelände“. Ich nenne das

mal magischen Realismus. Die sind auf der Straße, alle versuchen, denen nach dem Mund zu reden. Und sie sind offen für die Erzählung von der Gerechtigkeit.

Es geht darum, systemüberwindend, systemtranszendent Politik zu machen?

Tadzio: Ja, aber da ist der Begriff „demokratischer Sozialismus“ wirklich unsexy. Wenn wir „demokratischer Sozialismus“ sagen, wird gehört: „nationaler Wohlfahrtsstaat“. Es wird nicht gehört, was gebraucht wird, um eine gerechte Welt zu erreichen. Wichtig ist, was gehört wird. Sozialismus kommt aus der Zeit der großen Fabriken, ist ein politökonomisches Projekt, das heute nicht mehr die Relevanz hat wie zu den Zeiten, als die Welt in großen Fabriken stattfand.

Nadja: Ich mag den Sozialismus schon, grüner muss er sein. Klimagerechtigkeit enthält mehr das Transformatorische, und vor allem ist sie konsequent internationalistisch. Der Begriff funktioniert auch für eine feministische Agenda. Ich finde es eher wichtig, den demokratischen Sozialist*innen zu sagen, dass die natürlichste Verbindung des demokratischen Sozialismus die zu Klimagerechtigkeit ist. Insofern habe ich den Begriff nicht abgeschrieben.



Die Wälder vor Istanbul

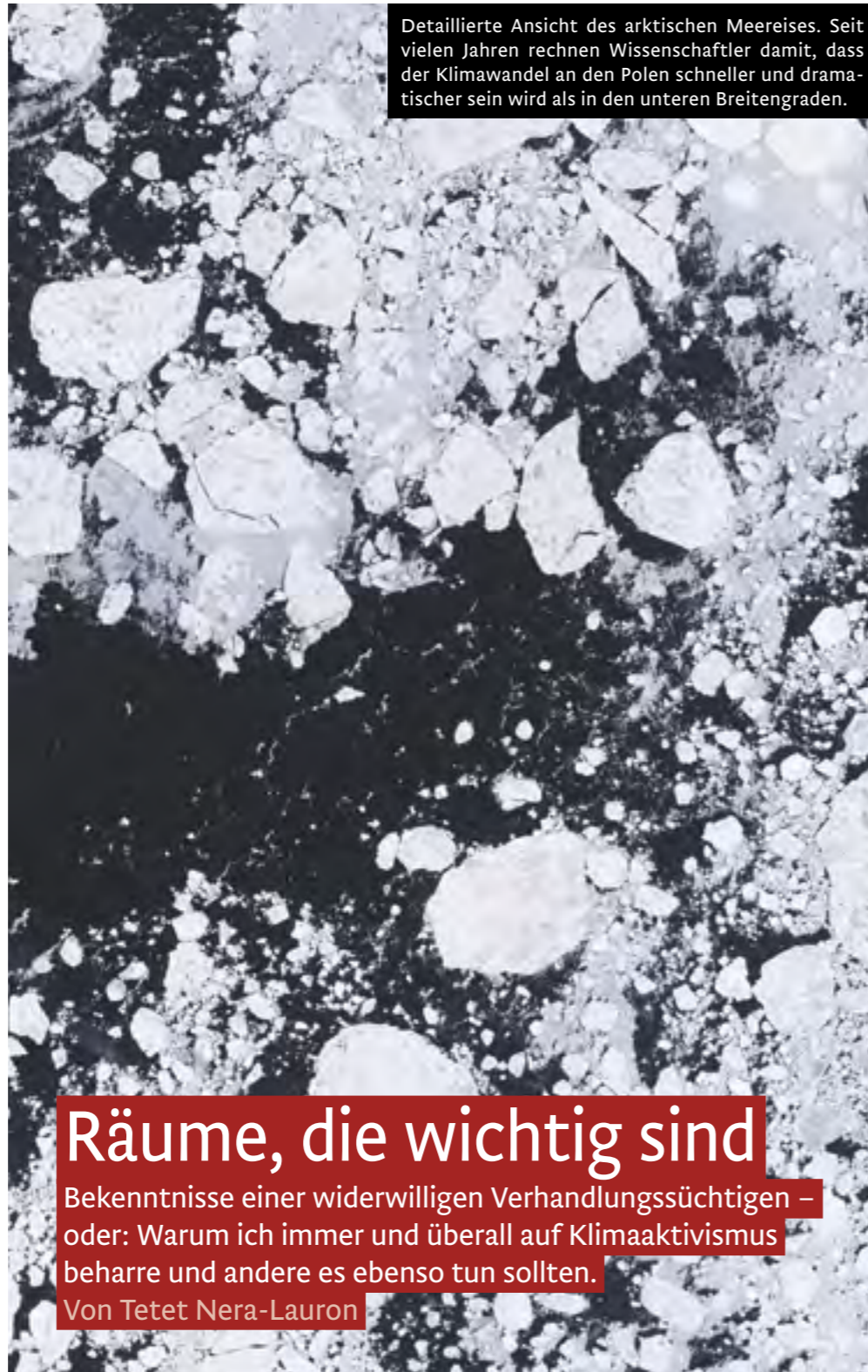
Im Jahr 2028 werden die Terminalgebäude, Start- und Landebahnen des neuen Flughafens von Istanbul fertiggestellt sein. Pro Jahr sollen dann 200 Millionen Passagiere an- und abfliegen, der Flughafen umfasst eine Fläche von 7.954 Hektar. Es wird der größte Flughafen der Welt sein, für Präsident Erdoğan ist der Bau ein Prestigeprojekt.

Nahe dem Istanbuler Taksim-Platz und dem Gezi-Park – jenen Orten, an denen viele Türkinnen und Türken 2013 gegen ein geplantes Bauprojekt im Park protestierten – sitzt die „Northern Forests Defence“ (NFD), getragen von Aktivist*innen, die den Geist von Gezi lebendig halten wollen und Widerstand gegen Erdoğan's Mega-Projekte, wie den dritten Flughafen für Istanbul, organisieren. So, wie es bei den Gezi-Protesten, gegen die im Auftrag der türkischen Regierung gewaltsam vorgegangen wurde, nicht nur um einen „kleinen Park“ ging, will auch die NFD mehr, als zu verhindern, dass weitere große Flächen zubetoniert werden. Hauptziel ist es, die Zerstörung der im Norden Istanbuls liegenden Wälder, die sich vom Marmarameer bis zur Schwarzmeerküste erstrecken, zu beenden. In Istanbul leben inzwischen rund 15 Millionen Menschen, die grüne Lunge im Norden ist lebenswichtig.

Seit den 1970er Jahren, besagen Schätzungen, sind infolge des Wachstums der Stadt und des damit einhergehenden steigenden Bedarfs an Wohnraum rund 30.000 Hektar Wald abgeholzt worden. Nun soll der Bau des dritten Flughafens und einer dritten Brücke über den Bosphorus weitere grüne Flächen vernichten. Zudem droht vielen Menschen Vertreibung.

Die NFD ist aus den „Parkforen“ rund um die Proteste im und für den Gezi-Park entstanden. kg

kuzeyormanlari.org



Detaillierte Ansicht des arktischen Meereises. Seit vielen Jahren rechnen Wissenschaftler damit, dass der Klimawandel an den Polen schneller und dramatischer sein wird als in den unteren Breitengraden.

Räume, die wichtig sind

Bekenntnisse einer widerwilligen Verhandlungssüchtigen – oder: Warum ich immer und überall auf Klimaaktivismus beharre und andere es ebenso tun sollten.

Von Tetet Nera-Lauron

Ich weiß ganz ehrlich nicht, wie ich auf die Frage reagieren soll, wie lange ich denn die Klimaverhandlungen bereits „verfolgt“ oder an wie vielen COPs, den UN-Klimakonferenzen, ich schon teilgenommen habe. Sollte ich stolz darauf sein, zu den „Profis“ zu gehören, oder mich in Zeiten von „Flugscham“ doch eher zurückhalten, weil ich mit meinem CO₂-Fußabdruck durch all die Flüge zu diesen hochrangigen Treffen zur globalen Klimaerwärmung beitrage – und das, obwohl ich gerade mal den Status einer Beobachterin innehabe?

Ganz sicher habe ich an viel zu vielen COPs teilgenommen (die nächste UN-Klimakonferenz

in Glasgow wird bereits meine zwölfte sein!), ohne dass ich sagen könnte, dass ich die komplexe internationale Klima-Diplomatie wirklich durchblicke. Auch verstehe ich nicht, wie es sein kann, dass der Klimawandel trotz der schönen Reden auf der Weltbühne, zur Dringlichkeit des Handelns in dieser Klimakatastrophe, nach einem Vierteljahrhundert der Klimaverhandlungen ein noch größeres Problem darstellt als zuvor. Und nicht zuletzt bin ich nicht in der Lage, zu erklären, warum mein Herzschlag stets einen Moment aussetzt, wenn ich erlebe, wie Verhandlungsführer*innen aus Entwicklungsländern sich der-

art ins Zeug legen, um die reichen Nationen dazu zu drängen, ihre Verantwortung einzugestehen. Ihre Verantwortung dafür, dass sie im Rahmen einer jahrhundertelangen Kolonialgeschichte am stärksten zu diesem Problem beigetragen haben und im Kontext aktueller neoliberaler und ungerechter Handels- und Investitionsabkommen weiter dazu beitragen – und deshalb auch für die massive Zerstörung der Lebensgrundlagen und des Lebens vieler Menschen, besonders im globalen Süden, geradezustehen haben.

Immer wieder haben mir die wenig ambitionierten und ungerechten Ergebnisse der COP-Treffen das Herz gebrochen, in dem Wissen nämlich, dass Verhandlungen ohne ehrgeizige Ziele, die der Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der Klimakrise gerecht werden, das Leben und die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen, besonders im globalen Süden, einem noch größeren Risiko aussetzen – über den tagtäglichen Kampf hinaus, den wir bereits heute im Angesicht von Armut, dem Fehlen von Land und Arbeitsplätzen sowie der Verletzung von Menschenrechten führen müssen. Ich verspüre eine enorme Wut, wenn ich sehe, dass Unternehmen nun als der „Schlüssel“ zur Lösung der Klimakrise gefeiert werden, obgleich sie Menschen im Zuge ihres ungebremsten Profitstrebens und der massiven Extraktion von globalen Ressourcen ausbeuten und unterdrücken und deshalb diejenigen sind, die die Verantwortung für diese immense und existenzielle Bedrohung tragen.

Ich habe unzählige Male mit Aktivist*innen diskutiert, ob die internationale Diplomatie und die Vereinten Nationen effizient genug sind, um den aktuellen globalen Herausforderungen gewachsen zu sein, ob wir zur kontinuierlichen Legitimierung beitragen und durch unseren „Einsatz“ eher eine falsche Illusion der Hoffnung wecken und ob wir unsere Kraft nicht lieber für die Organisation und Mobilisierung von unten einsetzen sollten.

Die Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen haben sich einer Doppelstrategie des „Innen wie außen“ verschrieben („innen“ bezeichnet recht simpel definiert Lobbying/ Advocacy-Arbeit für politische Reformen, während „außen“ für Mobilisierungen und Protestaktionen, also das Handeln sozialer Bewegungen steht). Ich selbst habe ganz bewusst versucht, zu vermeiden, in diesem „Innen“-Bereich zu arbeiten, weil ich immer das Gefühl hatte, dass das eher Leuten vom Fach und Nerds vorbehalten bleiben sollte.

Gleichzeitig bin ich jedoch auch zu der Überzeugung gelangt, dass wir als Linke mehr Verständnis und Wertschätzung für die Kämpfe um einen transformativen Wandel entwickeln sollten. Es geht nicht um eine Wahl zwischen „innen“ und „außen“, sondern darum, dass die Linke versteht, dass diese beiden Räume untrennbar miteinander verbunden sind und sowohl Lobby- als auch Kampagnenarbeit vonnöten sind und für die Sache zentral sind.

Im zwischenstaatlichen Bereich ist Lobbyarbeit erforderlich, weil die Gemeinschaften, die am stärksten von der Klimaungerechtigkeit betroffen sind, ebensolche Reformen einfordern, etwa die Bereitstellung von Finanzmitteln für Anpassungsmaßnahmen oder den Ausgleich von Verlusten und Schäden. Es liegt in der Verantwortung der Zivilgesellschaft, diese Forderungen von der Basis aufzugreifen – speziell im Fall jener Menschen, die gar keinen Zugang zu solchen politischen Räumen haben. Es ist essenziell, dass die Zivilgesellschaft ganz genau hinschaut und die Erwartungen an die politische Führung hochhält, denn solche Verhandlungen sind oft ein Kampf um Kompromisse, vergleichbar mit einem Kuhhandel. Die Zivilgesellschaft hat hart dafür gekämpft, in diesen Räumen gehört zu werden. Unsere Beteiligung – als Beobachter*innen, die Zugriff auf Dokumente und Delegationen haben und Inputs und Interventionen einbringen können – wurde uns nicht auf dem Silbertablett serviert. Und selbst jetzt, wo sich der Spielraum für politische Einflussnahme immer weiter verengt, sollten wir auf diese Möglichkeit nicht freiwillig verzichten, da es andere gibt, die diesen Raum liebend gerne an unserer Stelle einnehmen würden.

Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass der Planet im Zuge dieser internationalen Diplomatie der Staatsoberhäupter weltweit so lange weiterbrennen wird, wie sich die politischen Rahmenbedingungen nach geopolitischen, wirtschaftlichen und Unternehmensinteressen richten. Und genau hier sollten wir ansetzen und diesen Sachverhalt der Weltgemeinschaft näherbringen, wir uns am Aufbau starker Bewegungen von unten beteiligen, die eine Welt erschaffen, die besser, gleicher und gerechter ist.

Die Bevölkerung hält bereits Lösungen für die Klimakrise bereit, und zwar solche, die zugleich der globalen Ungleichheit ein Ende setzen würden. Beim Klimawandel geht es letzten Endes um politische Ökonomie, weshalb die Antworten auch über rein technische Debatten zur Reduzierung des CO₂-Anteils in der Atmosphäre oder die Begrenzung der Klimaerwärmung auf einen bestimmten Wert hinausgehen müssen. Klimagerechtigkeit geht einher mit einem holistischen, intersektionalen und multidimensionalen Kampf, der uns in die Lage versetzt, eine bessere Welt für die Menschheit und den Planeten zu denken.

Die Vereinten Nationen stehen vor schweren Herausforderungen, und ein weiteres Versagen in dieser Angelegenheit könnte dazu führen, dass sie als Institution an Relevanz einbüßen und die Menschen sich erheben und ihre Hoffnung anderswo schöpfen.

Tetet Nera-Lauron ist eine philippinische Klimaaktivistin, sie engagiert sich unter anderem im „People's Movement on Climate Change“ und bei „Climate Justice Now!“. Nera-Lauron ist außerdem für die Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig. Übersetzung: Cornelia Gritzner.



Recht für alle auf einen sicheren Ort

Seit 1976, als sich in Vancouver (Kanada) NGOs und Initiativen aus aller Welt bei einem „Habitat-Forum“ trafen, während parallel die erste Habitat-Konferenz der Vereinten Nationen stattfand, gibt es die „Habitat International Coalition“ (HIC). Forum und Konferenz formulierten das Ziel, dass weltweit die Anerkennung, Verteidigung und vollständige Umsetzung des Menschenrechts auf Wohnen und Land (Habitat) eingelöst werden soll.

Diese Absichtserklärung markiert den Beginn des globalen Netzwerks HIC, dem inzwischen 354 Mitglieder angehören, von denen 60 stimmberechtigt sind. Solidarität, Vernetzung, Unterstützung sozialer Bewegungen sind die definierten Ziele, alle Menschen auf der ganzen Welt sollen einen sicheren Ort haben, an dem sie in Frieden und Würde leben können. Und Städte, Siedlungen sollen so gebaut und entwickelt werden, dass sie auch in Zeiten des Klimawandels lebenswert, nachhaltig und widerständig gegen sich verschlechternde Umweltbedingungen sind.

Dazu gehörten, so formulierte es das Netzwerk 2019 auf der COP25 in Madrid, der Bau mit lokalen Naturmaterialien, die Wiederbelebung einer einst vorhandenen Vielfalt traditioneller Bauformen, die Förderung lokaler Wirtschaft und die Begrenzung des Einflusses großer Konzerne und von deren ökologisch unverantwortlichem Handeln.

Die HIC greift mit ihren Vorschlägen auf die Erfahrungen beim Bau und Wiederaufbau von Wohnungen in städtischen und ländlichen Lebensräumen der Länder Lateinamerikas zurück, in denen eine dominante, rein profitorientierte Baukultur traditionelle Bautechniken zerstört und große Umweltschäden verursacht hat.

2017 zerstörten Erdbeben in Mexiko mehr als 180.000 Häuser, und mit Hilfe von Netzwerken wie HIC begann sich Widerstand gegen den Bau minderwertiger Wohnungen zu regen, indem Alternativen zu diesem Vorgehen aufgezeigt wurden. kg

hic-net.org



Es wird langsam Zeit

Klimagerechtigkeit ist weniger ein Zustand als ein Prozess: der des Kampfes gegen die gesellschaftlichen Strukturen, die Klimaungerechtigkeit verursachen. Von Tadzio Müller

Zyklone über Australien. Die spätsommerlichen Wirbelstürme Ferdinand und Esther zogen über und in der Nähe von Nordaustralien hinweg.

NASA.gov / Visible Earth

Wird ja auch Zeit! Seit dem Hitzesommer 2018 und dem Dürresommer 2019, seit brennenden Wäldern im norddeutschen Frühjahr und dem Rückwärtsfließen der Spree, seit der denkwürdigen Verteidigung des „Hambli“ (Hambacher Wald, aber das sollten wir jetzt schon alle wissen) gegen die Kohle-Dinosaurier von RWE und deren fossil-staatliche Schergen in NRW, seit dem blamablen Scheitern der fälschlicherweise „Kohlekommission“ genannten Kohle-Erhaltungsrunde der Bundesregierung und dem direkt damit in Verbindung stehenden Auftauchen der jungen Generation Klima in Gestalt ihrer politisierten Avantgarde „Fridays for Future“ – also seit ziemlich kurzem – weiß wohl das ganze Land (mit Ausnahme einiger spinnerter Klimaleugner*innen, sprich: faschistoider Realitätsverweiger*innen): Das mit dem Klima, das sich wandelt, ist eine wichtige Sache. Manche haben sogar verstanden, dass es besser wäre, jetzt nicht mehr „Klimawandel“ zu sagen, sondern lieber „Klimakrise“, weil ersterer Begriff einen langsamen, linearen Prozess impliziert, der vielleicht gar nicht so gefährlich wird, während mensch „Krise“ kennt. Krise ist scheiße, dagegen muss was getan werden. Klar.

Das bedeutet: Ein gutes Jahrzehnt nachdem im Vorfeld des spektakulär gescheiterten COP15-Klimagipfels in Kopenhagen immer wieder betont wurde, es bliebe uns noch ein

gutes Jahrzehnt, um die Klimakrise abzuwenden, fängt endlich auch der nicht klimaaffine Teil der Gesellschaft und des politischen Systems an, darüber nachzudenken, wie innerhalb der nächsten zehn bis 30 Jahre das Klima zu retten sei. Well done, wäre aber nett gewesen, da schon früher drauf zu kommen.

Aus linker Perspektive stellt sich hierzu bei der Beschäftigung mit Klima, Klimaschutz und überhaupt allerlei angeblichen „Umweltfragen“ spätestens seit der Abspaltung der Umweltbewegung und der Grünen Partei von der gesellschaftlichen Linken die Frage, wie diese Themen links zu bürsten seien. Anders ausgedrückt: wie man vom weit und gelegentlich selbst mitverbreiteten Missverständnis von Umweltfragen als bürgerlich-postmaterialistischen Luxus-Latte-Fragen wieder wegkommt, um klarzumachen, dass der bisher von keiner politischen Kraft wirklich forcierte, aber nun gesellschaftlich eingeforderte Klimaschutz eigentlich ein ureigenst linkes Projekt sei, handle es sich beim Klimawandel, pardon, bei der Klimakrise, doch um ein Problem, das der alte Endgegner der Linken, der Kapitalismus, produziert habe und dessen Lösung dementsprechend auch nur jenseits des Kapitalismus zu finden sei.

Die Antwort auf diese „Framing“-Frage fanden viele Linke im Begriff der „Klimagerechtigkeit“, das Argument dazu geht ungefähr so: Klar, das Klima muss geschützt werden, und

die politische Kraft, die vor allem mit dem Klimaschutz in Verbindung gebracht wird, sind die zutiefst bürgerlich-postmaterialistischen Luxus-Latte-Grünen. Die aber würden in ihrer kapitalfreundlichen Verwirrung versuchen, dem Problem mit „marktbasierten“ Lösungsversuchen, wie dem Emissionshandel oder ähnlichem ineffektiven Quatsch, zu begegnen. Statt banalem grünen Klimaschutz bräuchte es also ernsthafte linke Klimagerechtigkeit, worunter jenseits der alten Klima-Nerdszene zunächst einmal nicht wirklich viel Detaillierteres verstanden wurde als „Klimagerechtigkeit“ = antikapitalistischer Klimaschutz oder auch Klimaschutz durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Immerhin war nun der Begriff, der von der auch hierzulande seit dem ersten Klima- (und Antira-)Camp von 2008 langsam, aber stetig wachsenden Protestbewegung im Namen geführt wurde, ein wichtiger Teil des linken politischen Diskurses. Auch hier: Well done, wäre aber auch früher möglich gewesen. Denn dann müsste heute nicht noch eine Reihe von Missverständnissen ausgeräumt werden, die wiederum Spätfolgen der aus heutiger Sicht etwas peinlichen Konstruktion (Darstellung) von Ökothemen als eisbärenkuschelnden Luxusfragen sind.

Das wichtigste Missverständnis wird in dem Versuch sichtbar, die „Aufstehen“-Themen mit den Rosa-lila-grünes-Gedöns-The-

men zu vereinen, und findet sich von den Gilets jaunes bis tief in die LINKE hinein wieder: Während die Gelbwesten am 21. September 2019 einen Aktionstag für „Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit“ veranstalteten, schrieb Bernd Riexinger einige Wochen später: „Es ist die Aufgabe der LINKEN, soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit in einem linken Zukunftsprojekt zusammenzubringen.“

Diesem durchaus wohlklingenden Satz scheint folgende Grundkonstruktion zugrunde zu liegen: „Soziale Gerechtigkeit“, das sind die Brot-und-Butter-Themen der klassischen Arbeiterlinken, also im Kern Umverteilung im lokalen und nationalen Rahmen, während Klimagerechtigkeit bloß auf der globalen Ebene stattfindet. Das ist erstens ärgerlich, weil es eine Art methodologischen Nationalismus darstellt, der das Soziale, sprich: die Gesellschaft, als nationales Phänomen konstruiert; zweitens und für diesen Text zentral wird hier schlicht und einfach missverstanden, was Klimagerechtigkeit bisher bedeutet hat, wo sie herkommt und was die Bewegung für Klimagerechtigkeit denn nun wirklich fordert.

Um diesen Missverständnissen zu begegnen, will ich im Folgenden zuerst auf die Ungerechtigkeitsdimension der Klimakrise eingehen (auf Klimaungerechtigkeit) und danach die Genese der Bewegung und des Begriffs der Klimagerechtigkeit erklären. Weil: Wird lang-

sam Zeit, dass wir das hierzulande verstehen.

Worum geht es beim Klimawandel? Vor allem und zuerst um Gerechtigkeit. Denn am Klimawandel leiden diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, im Schnitt am meisten; und diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben, leiden im Schnitt am wenigsten darunter. Letztere haben nämlich zumeist ausreichende Ressourcen, um sich vor den Folgen des Klimachaos zu schützen. Diese Ressourcen, diesen Reichtum haben sie durch genau jene Aktivitäten angehäuften, die den Klimawandel vorangetrieben haben. Dieses zentrale Faktum, das übrigens für fast alle sogenannten „Umweltkrisen“ gilt, lässt sich vielleicht am besten als Klimaungerechtigkeit bezeichnen.

Um den Anspruch und die Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegung besser zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Geschichte sozialer Kämpfe, genauer: der Entstehung der Umweltbewegung in den USA in den 1960er Jahren, die zuerst und vor allem eine Bewegung der weißen Mittelklasse für die weiße Mittelklasse war. Sie entstand in relativ privilegierten „weißen“ Stadtvierteln und Städten und kämpfte dafür, ihre Gemeinden frei von Luftverschmutzung zu halten und ihre Kinder nicht von Chemiebetrieben und Kraftwerken vergiften zu lassen.

So nachvollziehbar diese Forderung auch war, sie hatte einen bedauernden Effekt:

Statt dass man solche Betriebe schloss und rückbaute, wurden sie einfach verlegt – aus den reicheren Gemeinden in die ärmeren, in denen zumeist Afroamerikaner*innen, Hispanics, Native Americans und andere marginalisierte Gruppen lebten. Die Kämpfe der liberalen Umweltbewegung führten also mitnichten dazu, dass die von ihr monierten Probleme gelöst wurden – stattdessen wurden sie einfach auf der Leiter der sozialen Macht ein paar Stufen nach unten verlagert.

Die Communities of Color, denen nun plötzlich eine ganze Reihe dreckiger Industrien aufgedrückt wurde, waren nicht einfach nur passive Opfer. Stattdessen organisierten sie sich, warfen der Umweltbewegung „Umwelttrassismus“ („environmental racism“) vor und konstituierten sich selbst als Bewegung für Umweltgerechtigkeit. Analytisch klingt das dann so: Wenn scheinbare Umweltprobleme nicht als soziale Probleme gesehen werden, wenn das Bewusstsein dafür fehlt, wie eine einzelne dreckige Fabrik in breitere soziale Strukturen von Herrschaft und Ausbeutung eingebettet ist, wird nicht nur ihre Lösung unmöglich gemacht, bestehende soziale Ungleichheiten werden darüber hinaus noch vertieft.

Als die Debatte um den Klimawandel in den 1980er Jahren an Fahrt gewann, entwickelte sich eine Vorstellung von dem Problem als einem vor allem technischen: Die Konzentri-



Mekong-Delta gefährdet

Im Mai 2020 findet in Deutschland ein von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierter Workshop zum Thema Klimamigration statt. Dann wird es auch um das 39.000 Quadratkilometer große Mekong-Delta in Vietnam gehen, Heimat von mehr als 22 Millionen Menschen. Das Delta liegt gerade mal 0,8 Meter über dem Meeresspiegel, und der Meeresspiegel steigt. Deshalb ist die Landschaft, sind ihre Bewohner*innen extrem vom Klimawandel bedroht. Internationale Studien besagen, dass das Delta in wenigen Jahrzehnten versunken sein wird. Bislang hat Vietnam keine ausreichenden Anstrengungen unternommen, um den damit verbundenen Herausforderungen gerecht zu werden. Denn klar ist: Wenn das Mekong-Delta versinkt, wird es große Migrationsströme geben, denn dann ist es unbewohnbar und ernährt seine Bewohner*innen nicht mehr. Umso wichtiger ist es, sich bereits jetzt mit der Frage zu befassen, wie mit den damit einhergehenden sozialen Konflikten, mit den Klimaflüchtlingen umgegangen wird. Eine Frage ist, ob die Klimamigration von der Regierung anerkannt wird, ob die ASEAN-Länder gemeinsam Strategien entwickeln und kooperieren werden.

Das Mekong-Delta liegt im Süden des Landes. Aber auch in Zentralvietnam werden die Probleme größer, der Klimawandel bewirkt, dass die jährlichen Sturmfluten stärker werden. Künstlich geschaffene Staueisen verhindern, dass der Fluss wie einst Schlamm an die Küsten trägt und so die Verschiebung des Meeresspiegels aufhält.

Als Alternative zur Wasserkraft gelten daher Kohle und Erdöl, die in Vietnam abgebaut werden. Denn die Wirtschaft des Landes wächst jährlich um sechs bis acht Prozent. Vietnam hat sich von einem der ärmsten Länder der Welt zu einem Schwellenland entwickelt. Richtig ist aber auch, dass Vietnam trotz Wachstum weit weniger zum Klimawandel beiträgt als die Industrieländer der sogenannten Ersten Welt. Und weitaus mehr unter dem Klimawandel leidet. kg

rosaluxhanoi.org/home.html

on von Treibhausgasen in der Atmosphäre galt es durch bestimmte Mechanismen zu reduzieren und zu beheben. Dies wiederum erleichterte in den 1990er Jahren die Entwicklung der sogenannten Marktmechanismen zur Bekämpfung des Klimawandels. Denn diesen liegt – ohne hier die gesamte kritische Debatte zu diesen beeindruckend ineffektiven umweltpolitischen Werkzeugen aufzumachen – eine technische Logik zugrunde, die nicht auf gesellschaftliche Strukturen schaut: Weil jedes CO₂-Partikel jedem anderen gleich ist, ist es egal, wer wo und unter welchen Bedingungen CO₂ einspart.

Ökonomisch gesprochen ist es tatsächlich am besten, wenn dort eingespart wird, wo es am billigsten ist, und das geht am leichtesten im globalen Süden, wo alles im Schnitt billiger ist. Wir könnten dann zum Beispiel Entwicklungshilfeorganisationen Geld geben, die Wälder vor der Abholzung bewahren wollen, um so das Klima zu schützen, während wir hier im globalen Norden dafür weitere fossile Brennstoffe verfeuern können.

Diese Idee hat jedoch einen großen Haken: In den Wäldern, die plötzlich vor exzessiver Rodung gerettet werden sollen, leben oft indigene Völker, die sich seit Jahrtausenden durch nachhaltige Waldnutzung hervorragen haben. Und diesen drohte durch die Marktmechanismen, die während der 1990er Jahre im Rahmen des Kyoto-Protokolls verhandelt wurden, die baldige Vertreibung von ihnen angestammten Ländereien, sogenanntes Green Grabbing.

Im Rahmen dieser Verhandlungen wurde die Erzählung von der Umweltgerechtigkeit wieder aufgenommen: Gegen den „Klimarasismus“ der offiziellen Klimapolitik formulierte der US-amerikanische Indigenenaktivist Tom Goldtooth, Gründer des „Indigenous Environmental Network“, der selbst aus den Bewegungen für Umweltgerechtigkeit kommt, erstmals die Forderung nach Klimagerechtigkeit. Damit hatte der Kampf begonnen, den Klimawandel als eine Frage der Menschenrechte und der Gerechtigkeit zu konstruieren.

Der nächste Schritt in der Entwicklung der Klimagerechtigkeits Erzählung war die Veröffentlichung des Berichts „Treibhausgase vs. Klimagerechtigkeit“ im Jahr 1999. Darin wurde der Fokus auf die fossilen Energiekonzerne gelegt, und anstelle individueller Lösungen (zum Beispiel ethischer Konsum) wurde auf eine große strukturelle Transformation gesetzt; der Kampf um Klimagerechtigkeit wurde ganz explizit als ein globaler beschrieben.

Der Bericht formulierte zudem den bis heute wichtigsten Orientierungsrahmen der Bewegung, nämlich die Kritik an den oben beschriebenen Marktmechanismen des Kyoto-Protokolls als „falschen Lösungen“.

Im Jahr 2002 trafen sich in Bali zum ersten Mal diejenigen Organisationen, die später zum Kern der Bewegung werden sollten, und artikulierten die „Bali Principles of Climate Justice“. 2004 kamen mehrere Gruppen und Netzwerke zusammen, die schon lange

an einer Kritik an Marktmechanismen im Allgemeinen und Emissionshandel im Besonderen arbeiteten, und gründeten im südafrikanischen Durban die „Durban Group for Climate Justice“.

Zum endgültigen Durchbruch kam es dann auf der 13. Klimakonferenz in Bali im Jahr 2007. Der besagte Zusammenhang kritischer Organisationen provozierte einen offenen Konflikt mit dem politisch eher moderaten „Climate Action Network“, dessen kuschelige Lobbystrategie sich inzwischen als ziemlicher Flop herausgestellt hatte. Aus dem Konflikt heraus entstand 2007 das Netzwerk „Climate Justice Now!“. In der Pressemitteilung zur Gründung dieses neuen Akteurs wurde eine Reihe von Forderungen artikuliert, auf die sich die Klimagerechtigkeitsbewegung heute noch bezieht.

Die Pressemitteilung, die später in eine Art Gründungsmanifest überführt werden sollte, forderte erstens, fossile Brennstoffe im Boden zu lassen und stattdessen in angemessene, sichere, saubere und demokratische erneuerbare Energien zu investieren. Zweitens, verschwenderischen Überkonsum drastisch zu reduzieren, vor allem im globalen Norden, aber auch in Bezug auf südliche Eliten. Drittens massive Finanztransfers vom Norden in den Süden, basierend auf einer Rückzahlung der Klimaschulden und unter demokratischer Kontrolle. Viertens auf Menschenrechten basierende Ressourcenschonung, in deren Rahmen indigene Landrechte durchgesetzt werden und die Kontrolle dieser Gemeinden über Energie, Wälder, Land und Wasser vorangeht. Und fünftens nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität.

Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die Bewegung einer breiten Palette an Instrumenten, die vom Schreiben kluger Berichte und von alltäglicher politischer Arbeit in besonders vom Klimawandel betroffenen Gemeinden über die ungehorsame Blockade von Kohlegruben bis hin zu den militanten Kämpfen der Ogoni im Niger-Delta reicht.

Zusammengefasst: Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist eine Nachfahrin der Umweltgerechtigkeitsbewegung. Sie entstammt, wie diese, dem globalen Süden und richtet den Blick weniger auf technische Veränderungen als auf gesellschaftliche Grundstrukturen. Ich wage einen Definitionsversuch: Klimagerechtigkeit ist weniger ein Zustand – sprich: die gerechte Verteilung der Kosten einer möglichen Lösung der Klimakrise – als ein Prozess: nämlich der Prozess des Kampfes gegen die gesellschaftlichen Strukturen, die Klimaungerechtigkeit verursachen. Nimmt man diese breite Definition des Begriffes ernst, ist es sogar so, dass ein Großteil der Kämpfe für Klimagerechtigkeit gar nicht unbedingt unter der Fahne der Klimagerechtigkeit segelt, sondern vor allem Kämpfe um Land, Wasser und andere Grundbedürfnisse und für Menschenrechte darstellt.



Zahlreiche Brände (rot markiert), die über die Halbinsel Yucatan und die zentralamerikanischen Länder im Süden ziehen: Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua. Es ist möglich, dass die Feuer eine Mischung aus absichtlichen Bränden in der Landwirtschaft und zufälligen oder natürlichen Waldbränden sind. Ohne menschliches Eingreifen sind Waldbrände tendenziell häufiger und weniger intensiv; die Brandbekämpfung neigt dazu, die Menge des verfügbaren Brennstoffs zu erhöhen, was zu mehr katastrophalen Bränden führt, wenn sie auftreten.

Die Meldungen der letzten Wochen könnten widersprüchlicher nicht sein. Die Europäische Union beerdigte endgültig die Marinemission „Sophia“, die zwischen 2015 und 2019 an die 50.000 Menschen gerettet hat. Stattdessen setzt die EU auf Grenzsicherung in Libyen und ein kaum durchsetzbares Waffenembargo. Die Rettung von Tausenden Geflüchteten vor dem Ertrinken wird der ehrenamtlichen, privaten Seenotrettung überlassen. Die humanitäre Krise für Geflüchtete an der türkisch-griechischen Grenze spitzte sich immer weiter zu.

Parallel urteilte der UN-Menschenrechtsausschuss Ende Januar, dass die internationale Staatengemeinschaft zukünftig Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind, nicht das Recht auf Asyl wird verwehren kön-

nen. Und trotzdem schaut diese Weltgemeinschaft, mitverursacht durch kaum vorhandene internationale Klimapolitik, offensichtlich tatenlos zu, wie der Osten Afrikas aktuell von einer massiven Heuschreckenplage heimgesucht wird, die ihren Höhepunkt vermutlich noch nicht erreicht hat.

Ursache dafür sind auch die durch den Klimawandel hervorgerufenen Temperaturanstiege des Indischen Ozeans und damit verbundene extreme Regenfälle. Die Gefahr erneuter Hungersnöte steigt an, und damit verschärfen sich Konfliktrisiken sowie Flucht und Vertreibungen in dieser ohnehin massiv vom Klimawandel betroffenen Region. Allein im vergangenen Jahr flohen beispielsweise in Äthiopien und Somalia rund eine Million Menschen aufgrund von Naturkatastrophen.

Unter den insgesamt 17,2 Millionen Menschen, die im Jahr 2018 aufgrund von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen innerhalb ihres Landes vertrieben wurden, halten die Philippinen, China und Indien mit fast zehn Millionen Menschen den traurigen Rekord. Aber es sind auch gar nicht mehr nur die armen Regionen dieser Welt, in denen Klimakrise und Vertreibung Hand in Hand gehen. In den USA mussten 1,2 Millionen Menschen 2018 ihre Heimat aufgrund von Naturkatastrophen verlassen, global ist es das Land mit der vierthöchsten Rate. Die Zerstörung Australiens durch die massiven Buschfeuer haben wir alle hoffentlich noch vor Augen. Auch dort mussten zahlreiche Ortschaften evakuiert werden.

Auch wenn der Klimawandel nicht unmittelbar jedem Unwetter zuzuordnen ist, so sind



Widerstand gegen Shell

Seit den 1950er Jahren wird im Niger-Delta in Nigeria Öl gefördert. Nigeria ist auf dem afrikanischen Kontinent der wichtigste Ölexporteur. Trinkwasser, Flüsse, Mangrovenwälder, Sümpfe sind durch anhaltende Ausbeutung verseucht, für das im Delta lebende Ogoni-Volk, zu dem rund eine halbe Million Menschen gehören, verschlechterten sich die Lebensbedingungen dramatisch.

Nachdem in den 1990er Jahren Ogoni gegen die Zerstörung ihres Lebensraums durch die Ölförderung protestierten, wurde der Widerstand durch Diktator Sani Abacha 1995 blutig niedergeschlagen. Witwen der damals ermordeten Männer warfen dem Ölkonzern Shell vor, die Militärregierung bei der Verhaftung und Tötung ihrer Männer unterstützt zu haben. Shell leugnete jegliche Beteiligung und kämpfte jahrelang gegen eine Verhandlung der Verbrechen vor Gericht. Dann, im Jahr 2008, flossen wochenlang Tausende Tonnen Öl aus den Lecks einer maroden Pipeline. Zehntausende Menschen verloren ihre Lebensgrundlage, weil sie zum Beispiel nicht mehr fischen konnten. Trotz aller Zusicherungen wurde das Gebiet bis heute nicht ausreichend dekontaminiert.

2017 reichten vier Ogoni-Frauen Klage bei einem Zivilgericht in Den Haag ein. Seitdem sorgt Shell immer wieder für Verzögerungen beziehungsweise ist bemüht, einen Prozess zu verhindern. Inzwischen konnten die Frauen vor dem Gerichtshof in Den Haag von den Hinrichtungen ihrer Männer berichten. Sie sind überzeugt, dass Shell damals die nigerianische Regierung ermutigt hat, den Aufstand der Ogoni blutig niederzuschlagen. 2017 legte Amnesty International Tausende Seiten interner Dokumente und Zeugenaussagen vor, die diese Vorwürfe unterlegen.

Noch immer unterstützt auch die Weltbank – entgegen eigenen Bekundungen, dass die Zukunft Afrikas grün sein müsse – Öl- und Gasprojekte, auch in Nigeria. kg

derartige Extremwetterereignisse in den letzten Jahrzehnten aufgrund der globalen Erwärmung häufiger und in ihren Auswirkungen massiver geworden. Die Klimakrise wiederum verschärft bereits existierende soziale Ungerechtigkeiten. Schon heute werden Lebensgrundlagen ganzer Regionen vernichtet. Viele Menschen geraten in die Armutsfalle. Chancen verschwinden, ihr jemals zu entkommen. Bisher viel zu wenig beachtet ist der Umstand, dass die Klimakrise bereits heute weltweit zu Flucht und Vertreibung führt. Es handelt sich dabei nicht um ein Zukunftsszenario, sondern um eine bittere Realität.

Betrachtet man die Zusammenhänge von Klimakrise und Migration, wird von kritischen Stimmen oftmals das Argument bemüht, dass die Gründe nicht eindeutig einzuordnen sind. Sicherlich handelt es sich in vielen Fällen um das Zusammentreffen von mehreren Gründen wie Dürren, Hunger, militärischen Konflikten. Es kann auch nie um die Frage gehen, ob der eine Fluchtgrund schwerer wiegt als der andere. Im Zentrum muss stattdessen stehen, wie die Weltgemeinschaft dafür sorgen wird, dass die Menschenrechte der Betroffenen geschützt werden.

In den kommenden Jahrzehnten werden Millionen oder sogar Milliarden Menschen wegen der Klimakrise migrieren (müssen), im globalen Süden um ein Vielfaches mehr als im globalen Norden. Am stärksten betroffen sind diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Mit institutionalisierter Kälte, wozu eine verfehlte Klimapolitik wohl auch gezählt werden muss, schauen die Industrienationen zu, so auch die EU. Die Forderung nach einem verlässlichen Schutz der Rechte der betroffenen Länder, Regionen, Communities und Individuen berührt eine der Kernforderungen von Klimagerechtigkeit.

Trotz der zunehmenden wissenschaftlichen Erfassung der Schnittstellen von Klimakrise und Flucht bleibt es eine Herausforderung, genau festzulegen, wer aufgrund von Klimafolgen fliehen muss. Folglich weichen die Angaben über zukünftige globale Entwicklungen stark voneinander ab. Zahlen, die genannt werden, reichen von 25 Millionen bis zu einer Milliarde Menschen, die im Jahr 2050 wegen der Klimakrise migrieren müssen. Die meisten von ihnen werden innerhalb ihrer eigenen Länder umsiedeln, nur sehr wenigen wird die Flucht nach Europa oder in die USA gelingen. Für das Finden internationaler oder auch nationalstaatlicher Politikansätze ist die Kenntnis der Zahlen wichtig. Aus der Perspektive der Betroffenen muss es jedoch vor allem um den Schutz ihrer Rechte gehen. Und hier gibt es bisher zu wenig konkrete Ansätze und Maßnahmen.

Immerhin sind die Zusammenhänge von Klimakrise und Flucht inzwischen Bestandteil mehrerer multilateraler Prozesse geworden, so zum Beispiel des „Global Compact for Migration“ oder auch der UN-Klimarahmenkonvention. Das bahnbrechende Urteil

des Menschenrechtsausschusses vom Januar dieses Jahres stellt klar fest, dass das Recht auf Asyl nicht verweigert werden darf, wenn Menschen aufgrund des Klimawandels um ihr Leben fürchten müssen. Derzeit existiert aber keine rechtlich bindende Konvention, welche die Rechte von Klimamigrant*innen international schützt. Den vielen Binnenmigrant*innen wäre durch eine internationale Konvention vermutlich nicht geholfen.

Die Betroffenen fordern zu Recht, dass die Verursacher der Klimakrise, das heißt Industriestaaten und fossile Unternehmen, für die Folgen Kompensationen zahlen und Verantwortung übernehmen. Zur Forderung nach einem „Recht auf Bewegungsfreiheit“ kommt die Forderung nach einem „Recht auf Migration in Würde“. Das verlangt beispielsweise der vom kompletten Versinken im Meer bedrohte Staat Kiribati. Die Bewohner*innen von Tuvalu fordern hingegen ein „Recht auf Bleiben“. Die Verursacher der Klimakrise müssen also dafür sorgen, dass sie ihre Heimat nicht verlassen müssen.

Zentral ist hier die Bereitstellung zusätzlicher Gelder für Länder, aus und in denen Menschen wegen des Klimawandels vertrieben werden oder umgesiedelt werden müssen. Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme in den betroffenen Staaten bekommt durch die Klimakrise eine weitere drängende Bedeutung, die Einführung von Katastrophenwarnsystemen und Technologietransfers sind unabdingbar.

Aber was ist, wenn eine Anpassung an den Klimawandel nicht mehr möglich ist und der gesamte Staat, wie im Fall einiger pazifischer Inseln zu befürchten, aufgrund des Klimawandels verschwindet? Vergleichbar mit dem Nansen-Pass, der nach dem Ersten Weltkrieg Staatenlosen den Zugang zu einer neuen Nationalität ermöglichte, sollen Klimapässe hier eine mögliche Lösung bieten. In diesem Fall muss es Aufgabe der Industrieländer sein, entsprechende Pässe auszustellen, denn der Verursacher zahlt. Auch wenn diese Themen vielleicht technokratisch und weniger sexy klingen, als für den Kohleausstieg zu demonstrieren (was weiterhin wichtig bleibt), ist es essenziell, dass wir auch hier in Deutschland politischen und öffentlichen Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit sie sich in dieser Richtung bewegt.

Gerade als Linke sollten wir uns aber auch klarmachen, was es heißt, wenn wir rufen, Fluchtursachen sollen konsequent bekämpft werden. Schauen wir nämlich auf die Klimakrise, so gilt es, diese dort zu bekämpfen, wo sie vor allem erzeugt wurde – nämlich bei uns. Und wenn wir dann mit allerhand transformatorischen Modellen liebäugeln, wie zum Beispiel dem Green New Deal, dann müssen wir ganz im Sinne der Klimagerechtigkeit internationalistisch mitdenken, dass wir die sozialen und ökologischen Kosten nicht einfach in den globalen Süden externalisieren können.

Die Kloake sucht sich ihren Weg

Von der Klimakrise sind die Menschen in Kalifornien ebenso oft betroffen wie die in Baja California. Doch zwischen beiden verläuft Trumps Prestigeprojekt: der Grenzwall. Von Sigrun Matthiesen



Der russische El'gygytyn-See ruht in einem 3,6 Millionen Jahre alten Meteoritenkrater und weist die längste kontinuierliche Klimaauflzeichnung in der Arktis auf.

NASA.gov / Visible Earth

Wenn die Meteorologen in Tijuana Regen vorhersagen, wird alles abgesagt, was sich irgendwie verschieben lässt: Geschäftstermine, Essensverabredungen, selbst der Wochenendeinkauf. Denn spätestens nach einer halben Stunde laufen die Gullys der mexikanischen Grenzstadt über, Fußwege und Straßen ähneln Wasserrutschen – sofern es sie überhaupt gibt. Ungefähr ein Viertel von Tijuana rund zwei Millionen Einwohnern lebt in Bau ruinen, unfertigen Häusern und provisorischen Siedlungen. Dort macht ein Starkregenguss die unbefestigten Wege unbegebar und

verwandelt spärliche Rinnsale in Ströme, die eine stinkende Mischung aus Müll und Fäkalien mit sich führen und in den Río Tijuana spülen. Von dort sind es keine 20 Kilometer, bis alles im Pazifik ankommt – auf US-Territorium.

Deshalb ist der Regen auch ein Problem für Serge Dedina, den Bürgermeister von Imperial Beach, einer Kleinstadt mit rund 27.000 Einwohnern im Verwaltungsbezirk San Diego, die unmittelbar hinter dem Grenzzaun beginnt. Zwar sorgt der Bürgermeister seit sechs Jahren dafür, dass Kanalisation, Straßen und Fußwege hier nicht nur funktionieren, son-

dern für US-Standards geradezu mustergültig sind – selbst dort, wo jene 20 Prozent leben, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Umso mehr aber ärgert sich der Bürgermeister, dass er am Strand Schilder aufstellen muss, die vor Bakteriengefahr warnen, „weil Tijuana seine Kläranlagen verrotten lässt und meistens sicher sein kann, dass die Meeresströmung die Kloake, rund 160 Millionen Liter Abwasser, täglich von den eigenen Stränden weg nach Norden zu uns schwemmt.“

Serge Dedina, der in Imperial Beach aufgewachsen ist, war Rettungsschwimmer, Sur-

fer und Doktor der Geografie, lange bevor er Politiker wurde. Er ist stolz darauf, dass 39 Prozent seiner Gemeindefläche vom Naturschutzgebiet Tijuana River State Park eingenommen werden, denn die Salzwiesen im Mündungsgebiet des Rio Tijuana gehören zu den letzten verbliebenen im dicht besiedelten Südkalifornien.

Der von Serge Dedina mitgegründete Verein „Wildcoast“ setzt sich seit 20 Jahren in den USA, Mexiko und Kuba für den Erhalt von maritimen und küstennahen Ökosystemen ein. Freiwillige aus San Diego und Tijuana entmüllen gemeinsam die Strände, Schulkinder in der Küstenregion von Oaxaca im Süden Mexikos lernen, wie Meeresschildkröten brüten und wie man sie dabei vor Erdöl und anderen Katastrophen bewahrt. Auch Mangrovenwälder, deren Fähigkeit, mehr CO₂ zu speichern als andere Bäume, angesichts des Klimawandels neue Aufmerksamkeit erfährt, sind seit 2008 ein wichtiges Arbeitsfeld von Wildcoast.

Mit Hilfe von UN-Geldern haben sie im mexikanischen Bundesstaat Baja California Sur 40 Hektar Mangrovenwälder an der Lagune San Ignacio wieder aufgeforstet, in der Wüste südlich von Tijuana wurden mit Spendengeldern im vergangenen Jahr immerhin 3,5 Hektar unter Naturschutz gestellt. „Wüstenmangroven“ können dank ihres ausgedehnten Wurzelsystems fünfmal mehr CO₂ speichern als tropische Mangroven: Allein im Nordwesten Mexikos sind das bei derzeit gut 16 Hektar Mangroven 19,5 Millionen Tonnen CO₂ – das entspricht dem durchschnittlichen Jahresausstoß von 100 Millionen Menschen, so Wildcoast.

Die Organisation wurde für ihre Mangrovenschutz-Erfolge im vergangenen Jahr mit einem „Keeling Curve“-Preis für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ausgezeichnet. Die Auszeichnung wurde nach dem 2005 verstorbenen US-Klimaforscher Charles David Keeling benannt, der durch jahrzehntelange Datensammlung den CO₂-Anstieg in der Erdatmosphäre in der nach ihm benannten „Keeling-Kurve“ abbildete.

„Bei all diesen Projekten arbeiten wir wunderbar mit mexikanischen Naturschützern und Wissenschaftlern, aber auch mit den zuständigen staatlichen Stellen der jeweiligen Bundesstaaten zusammen“, sagt Wildcoast-Gründer Serge Dedina beim Interview in Imperial Beach. In seiner Eigenschaft als Bürgermeister fügt er hinzu: „Aber all das passiert nicht, weil sich irgendwer in Washington oder Mexico City dafür interessieren würde, sondern weil wir von der Basis auf beiden Seiten permanent Druck machen.“

Mit dieser Strategie, mal diplomatisch, mal in drastischen Worten bis zur Grenze dessen, was in politischen Kreisen beider Staaten noch als höflich gilt, ist der Umweltaktivist und Bürgermeister in der Region berühmt-bekannt. Auch wenn er die Kloake aus Tijuana als „internationale Tragödie“ bezeichnet, sieht

er sich als einer von vielen auf beiden Seiten der Grenze, „die Brücken bauen wollen statt Mauern“.

Zu ihnen zählt auch Gabriela Muñoz Meléndez. Die Expertin für Klimawandel, Energie und Luftreinhaltung leitet seit 2008 den Fachbereich für Stadtentwicklung und Umweltschutz an der staatlichen „Hochschule der Nordgrenze“ (Colegio de la Frontera Norte) in Tijuana. Zuvor forschte sie am Imperial College in London, und in den frühen 1990er Jahren arbeitete sie im Umweltministerium der mexikanischen Regierung. Seitdem teilt sie die Skepsis gegenüber politischen Funktionen und setzt wie Serge Dedina auf „Politik von unten“.

Was die speziellen Probleme der Abwasserentsorgung in Tijuana angeht, gibt sie allerdings zu bedenken: „Durch Migration aus dem Süden Mexikos und aus Mittelamerika wächst die Stadt derart schnell und planlos, dass Infrastrukturmaßnahmen niemals mithalten können.“ Im Übrigen seien es ja gerade die USA, die dafür sorgten, dass Grenzstädte wie Tijuana aus allen Nähten platzten: mit den hier angesiedelten „maquiladoras“, Fabriken, in denen US-Unternehmen zu Stundenlöhnen von zwei US-Dollar Autos und andere Produkte zusammenbauen lassen, die sie dann zu reduzierten Einfuhrzöllen zurück in die USA importieren.

Nach einer Studie aus dem Jahr 2015 existieren entlang der gesamten Grenze über 6.000 dieser Fabriken, allein in Tijuana sind es rund 600. Gleichzeitig steigt die Zahl der gut ausgebildeten Mexikanerinnen und Mexikaner, die in San Diego arbeiten, aber aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten, und weil Trumps rigide Einwanderungspolitik den Familiennachzug erschwert, in Tijuana wohnen. „Diese wachsende Zahl der Pendler erhöht die Luftverschmutzung“, sagt Gabriela Muñoz Meléndez. Dazu kämen dann noch all die Migranten aus Honduras, El Salvador und Guatemala, die eigentlich in die USA wollten, von der dortigen Regierung aber gezwungen würden, so lange auf der mexikanischen Seite der Grenze auszuharren, bis die US-Behörden über die Legitimität ihrer Ansprüche entschieden hätten.

All diese Probleme der Grenzstadt Tijuana sieht der benachbarte Imperial-Beach-Bürgermeister auch, aber als Ausrede für schlechte Kläranlagen mag er sie trotzdem nicht gelten lassen: „Infrastrukturmaßnahmen sind einfach die Kernaufgaben einer anständigen Regierung, und dazu gehört das Abwassersystem genauso wie Trinkwasserversorgung, Schulen, Straßen und Krankenhäuser.“

Angesichts der schwächelnden Konjunktur und des Drucks, den die Trump-Regierung ausübe, sei es allerdings auch nachvollziehbar, dass Mexiko augenblicklich sein gesamtes Geld für die Sicherung seiner Südgrenze ausbe und weniger Mittel für Infrastruktur zur Verfügung habe. Deshalb müsse die USA den Nachbarstaat bei Umweltschutzmaßnahmen

weiterhin finanziell unterstützen und die entsprechenden Programme bei der binationalen North American Development Bank und der US-Umweltschutzbehörde EPA mit den nötigen Mitteln ausstatten.

Genau diese Programme droht Präsident Trump ständig zusammenzustoßen, weil er das Geld zum Bau seiner Grenzanlagen verwenden will. Die dafür angesetzten 25 Milliarden US-Dollar sind mehr als die doppelte Summe dessen, was die Bundesregierungen von Mexiko und den USA zusammen in den vergangenen 35 Jahren für erneuerbare Energie, sauberes Trinkwasser, Abwassersysteme, umweltgerechte Müllentsorgung und Recyclingsysteme ausgegeben und auf beiden Seiten der 3.145 Kilometer langen Grenze investiert haben. Die entsprechenden Umweltschutz- und Infrastrukturprogramme für die Grenzregion waren Teil des ersten NAFTA-Freihandelsabkommens von 1994.

Doch viele der mit diesen Geldern gebauten Anlagen sind inzwischen veraltet und marode. Allein für die Modernisierung des Abwassersystems von Tijuana veranschlagt die Stadt rund 400 Millionen US-Dollar. „Glücklicherweise haben die Demokraten im Kongress auch bei dem 2018 verabschiedeten neuen NAFTA-Abkommen ihre Zustimmung von Umweltauflagen abhängig gemacht“, lobt Serge Dedina seine Parteikollegen in Washington. Nur deshalb hat die North American Development Bank jetzt, entgegen Trumps Drohungen, doch noch einmal ein 300-Millionen-Dollar-Budget für grenznahe Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung.

Vor Ort bleibt es dennoch mühsam, diese Gelder auch wirksam einzusetzen. „Immer mehr Mexikaner haben ähnliche Konsumgewohnheiten wie die US-Amerikaner, aber ich glaube nicht, dass ich den Tag erleben werde, wo wir alle hier bedenkenlos das Wasser aus dem Hahn trinken können“, lautet das leicht resignierte Fazit der kaum 50-jährigen Wissenschaftlerin Gabriela Muñoz Meléndez. Die überall auf den Hügeln Tijuanas aus dem Boden sprießenden Neubauprojekte für wohlhabende Familien machen ihr ebenfalls Sorgen: „Sie blockieren die natürlichen Abflusswege für das Regenwasser, was angesichts der durch den Klimawandel häufigeren Starkregenfälle katastrophale Auswirkungen haben kann – gerade für die Menschen, die in den Schluchten in improvisierten Behausungen leben.“

Trotz seines quasi angeborenen US-Optimismus macht sich auch Serge Dedina keine Illusionen: „An diesen Bauprojekten verdienen viele Leute viel Geld, denen Klimawandel, Umweltschutz und die Lebensqualität oder auch nur die Gesundheit der Ärmern völlig egal sind – auf beiden Seiten der Grenze.“ Umso wichtiger, dass es auf beiden Seiten Menschen gibt, die lautstark protestieren, wenn diese Haltung es in Tijuana wie in Imperial Beach mal wieder zum Himmel stinken lässt.

Karten der Hoffnung

Lateinamerikanische Klimabewegungen werden stärker, und ihre Stimmen sind nicht mehr zu überhören.

Von Hannah Hoffmann

Karten sind nicht nur für die Orientierung gut. Heutzutage können sie ebenso den Wandel kartieren wie ermöglichen, dass sich Netzwerke bilden. Denn oft ist es so, dass an vielen Orten der Welt viele Menschen an vielen Alternativprojekten arbeiten und sich im Widerstand gegen ökologischen und sozialen Raubbau engagieren, aber nichts voneinander wissen. Die Welt ist – trotz Internet – noch immer groß. Und oft empfinden jene, die den Kampf aufnehmen und an eigenen Projekten arbeiten, das Gefühl, allein auf weiter Flur zu sein.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, namentlich deren Büros in Buenos Aires (Argentinien), Mexiko-Stadt, Quito (Ecuador) und São Paulo (Brasilien), hat alternative Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf lokaler Ebene in Ländern Lateinamerikas kartiert. Ermöglicht wurde diese Arbeit durch das Energie- und Klimaprogramm der Stiftung in Lateinamerika.

Ziel der ganzen Arbeit ist, lokale Erfahrungen von Organisationen zu beschreiben und für andere, die an anderen Orten Vergleichbares versuchen wollen, sichtbar zu machen. Alternative Energieprojekte haben es nicht leicht, es kostet Mühe, sie ins Leben zu schaffen, und noch mehr Mühe, sie zu verteidigen, denn hier geht es immer auch um David gegen Goliath: kleinere Projekte, oft genossenschaftlich organisiert, gegen die Interessen großer Unternehmen, die sehr findig dabei sind, sich den Diskurs über die Energiewende anzueignen, weil hier mögliche neue Geschäftsfelder winken. Ein so eingeregelter Wandel aber wäre dann wahrscheinlich keine Wende mehr.

Die Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, deren Kern die Kartierung solcher Projekte ist, beschreibt Möglichkeiten und Perspektiven für einen Energiewandel, oder besser: eine Energiewende, die gleichzeitig einen Abschied von fossilen Brennstoffen ermöglicht, und das außerhalb finanzspekulativer Logik. Stattdessen geht es darum, die Versorgung mit Energie als Grundbedürfnis und Grundrecht anzuerkennen, was wiederum nur funktioniert, wenn sie entkommerzialisiert wird.

Für die Publikation wurden mehr als 700 Projekte gemappt. Da sind die Erfahrungen einer Solarbäckerei in der Comunidade Várzea Comprida dos Oliveiras (Brasilien) enthalten, Projekte der Stromversorgung mit Hilfe kleiner, kommunaler Wasserkraftwerke in Guatemala, öffentliche Unternehmen der

Energieversorgung in Uruguay oder Solarversorgungs-systeme für Gewächshäuser in der Andenregion.

Im Jahr 2019 fand in Chile ein Treffen sozialer Bewegungen statt, die in Opposition zur COP25, der UN-Klimakonferenz, die von der Klimakrise am stärksten betroffenen Menschen repräsentieren und für einen gerechten Übergang vom bergbaulich-mineralwirtschaftlichen Modell hin zu umwelt- und sozial gerechten Lösungen kämpfen. Bei diesem Treffen wurde die Studie vorgestellt.

Lateinamerikanische Klimabewegungen werden stärker, und ihre Stimmen sind nicht mehr zu überhören. Am Ende des Treffens „Klimakrise, Energiewende und Bergbauförderung in Lateinamerika“, das vom Lateinamerikanischen Observatorium für Umweltkonflikte (siehe Randspalte) organisiert worden war, wurde eine Erklärung der Teilnehmer*innen verabschiedet. In der heißt es, dass nationale und transnationale Regierungen und Unternehmen, vor allem aus dem hochindustrialisierten Norden, diejenigen seien, die auf der Suche nach kapitalistischer Akkumulation und durch Förderung stetig wachsenden Konsums für den ökologischen Zusammenbruch verantwortlich sind. Zugleich stelle der aktuelle Diskurs über die Klimakrise auf individuelle Verantwortung ab und lenke somit die Aufmerksamkeit weg von den Hauptverantwortlichen. Menschen, die sich dem widersetzen, würden häufig kriminalisiert, stigmatisiert, unterdrückt, ermordet. Das gewünschte Wirtschaftswachstum in den Ländern des Nordens nehme billigend „Opferzonen“ in anderen Ländern in Kauf. Dort werde das Land ausgebeutet und verschärfe sich die ökologische Krise.

Die Stärke, dagegen anzukämpfen, liege, so die Teilnehmer*innen des Treffens, bei jungen Menschen, Frauen, Gemeinschaften, Organisationen, Bewegungen, und es sei in seinem Wesen ein antikapitalistischer, antipatriarchaler, antirassistischer Kampf, den diese Menschen kämpften.

Es gehe um bergaufreie Territorien, darum, Wasser als Lebensquelle zu verteidigen, um wirtschaftliche Souveränität und regionale Solidarität, um die Anerkennung dessen, dass Umweltverschmutzung und -katastrophen Verbrechen sind. Unterzeichnet haben diese Erklärung 25 Organisationen und Initiativen Lateinamerikas.

rosalux.org.ec/pdfs/Energia_America_Latina.pdf



Bewegung für Gewässer

Das „Observatorio Latinoamericano de Conflictos Ambientales“ (Lateinamerikanisches Observatorium für Umweltkonflikte, OLCA) ist eine in Chile ansässige Nichtregierungsorganisation, die eine sozioökologische Bewegung in Chile aufbauen und stärken möchte. Die NGO unterstützt die Selbstorganisation auf Gemeinde- und Gebietsebene und hilft somit Menschen, die sozioökologischen Bedrohungen ausgesetzt sind. Sie arbeitet unter anderem in den Bereichen des Bergbaus, der Energiegewinnung, der Forstwirtschaft und der Landwirtschaft, gibt Wissen weiter und setzt sich für die Rechte derer ein, die für Umweltgerechtigkeit kämpfen.

Gemeinsam mit dem Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Argentinien, Chile und Uruguay fördert OLCA sozioökologische und soziale Bewegungen auf regionaler und nationaler Ebene. Eine der Bewegungen ist die „Movimiento por el Agua y los Territorios“ (Bewegung für Gewässer und Gebiete, MAT), die sich aus rund 80 chilenischen Organisationen zusammensetzt und sich für Territorialverteidigung und die Entwicklung von Alternativen einsetzt.

Die Hauptthemen der gemeinsamen Arbeit von OLCA, Rosa-Luxemburg-Stiftung und MAT sind die Wasserkrise und deren Folgen für Menschen und Natur sowie die Bewältigung dieser Krise auf lokaler Ebene. Dabei wird auf den Zusammenhang zwischen Wasserkrise und Klimawandel verwiesen, und es werden Projekte für ein nachhaltiges Wassermanagement auf lokaler Ebene publik gemacht und gestärkt. All diese Themen sind eng verknüpft mit der Entprivatisierung des Wassers, die eine zentrale Forderung der sozioökologischen Bewegung in Chile ist. Das Land erlebt seit über zehn Jahren eine Dürreperiode. Auch die Arbeit des sozioökologischen feministischen Komitees, das Teil des internationalen Frauenstreiks ist, wird durch OLCA und die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. [as](http://olca.cl/)

olca.cl/

Stimmen, die bislang wenig Gehör finden

There is no climate justice without gender justice: feministische Perspektiven für mehr Klimagerechtigkeit. Von Nanna Birk

Überall auf der Welt erheben feministische Aktivistinnen* ihre Stimmen und ergreifen große oder kleinere Maßnahmen für Klimagerechtigkeit sowie Frauen- und Menschenrechte. Ihre Proteste sind laut und divers. Häufig sind es Feministinnen*, indigene Aktivistinnen*, Women of Color, Trans*-Menschen, die Klimagerechtigkeitsproteste in ihren Gemeinden auch anführen. Das zentrale Anliegen bleibt dabei gleich: Der Klimawandel darf nicht als allein stehende Krise behandelt werden. Er ist vielmehr ein Symptom unserer wachsenden Industriegesellschaften und von deren Umgang mit unserer Erde.

Daher müssen Gesellschaften und ihre strukturellen Aspekte, inklusive ihrer Geschlechterverhältnisse, im Mittelpunkt von klimapolitischen Maßnahmen stehen. Frauen und Männer sind keine homogenen Gruppen. Auch ist das Geschlecht weder unveränderlich noch binär. Dennoch prägt es entscheidend gesellschaftliche Rollen und führt zu weltweit anhaltenden traditionellen hierarchischen Geschlechterdifferenzen. Diese Ungleichheiten haben unter anderem auch systematische unterschiedliche Wahrnehmungen bezogen auf den Klimawandel zur Folge. Natürlich spielt dabei nicht nur Gender eine Rolle, sondern es überschneidet sich mit anderen sozialen Dimensionen wie Klasse, „race“, Alter, Behinderung. All diese Faktoren führen bei Menschen zu potenziellen Benachteiligungen oder Privilegien und wirken sich auch auf deren Fähigkeit aus, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

Weltweit haben Frauen eingeschränkte Rechte und eingeschränkteren Zugang zu Ressourcen und Macht sowie zu eigenen Entwicklungsmöglichkeiten. Auch in der Klimapolitik finden ihre Stimmen bislang wenig Gehör. Anhaltende globale Ungerechtigkeiten, patriarchale Strukturen, die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, systematische Barrieren und unterschiedliche Bedürfnisse von Frauen und Männern zu politischen, ökonomischen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern.

Sprechen wir über die Klimakrise, drücken sich diese Ungleichheiten so aus, dass Frauen überproportional die negativen Auswirkungen des Klimawandels erleben. Allen voran

besonders marginalisierte Frauen* ohne Zugang zu öffentlicher Infrastruktur oder an besonders betroffenen Orten des Klimawandels, wie Küstenregionen. Meist sind sie es, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Dennoch ist es falsch, Frauen generell als vulnerabler (verletzbarer) zu stereotypisieren. Denn ihre Vulnerabilität wird durch ungleiche Geschlechterverhältnisse in Bezug auf Verteilung von Macht, Ressourcen und Reichtum konstruiert.

Ein Blick auf den lebensnotwendigen Bereich der Landwirtschaft verdeutlicht es. Klimawandelbezogene Verletzlichkeiten hängen von Anbaupraktiken, Saatgut, Zugang zu Land, Wasser, zu landwirtschaftlichen Geräten, Düngemitteln, Krediten usw. ab. Doch Frauen und Männer haben nicht den gleichen Zugang und das gleiche Wissen über diese Dinge. Dabei sind viele Kleinbäuerinnen* Frauen. Wenn klimapolitische Maßnahmen aufgesetzt werden, die nur auf verbesserte Technologien von Betrieben setzen, kann das die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weiter verstärken. Anhaltende Geschlechterverhältnisse führen auch dazu, dass Ernteausfälle, Naturkatastrophen und Konflikte, klimawandelbedingte Krankheiten, Wasser oder Energiearmut sich unterschiedlich auf Frauen und Männer auswirken. Wird Gender bei klimapolitischen Maßnahmen nicht berücksichtigt, können sich bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen und bereits erzielte Fortschritte für eine gerechtere Gesellschaft werden wieder zurückgedreht.

Laut einer ILO-Studie aus dem Jahr 2018 leisten Frauen und Mädchen weltweit täglich 12,5 Milliarden Stunden unbezahlte Fürsorge- und Pflegearbeit, was zu massiven ökonomischen Ungleichheiten führt. Durch die Klimakrise wird das Aufkommen für Nahrungsmittel, Wasser, Holz erschwert und Krankheiten werden sich verschlimmern. Das wiederum wird den Arbeitsaufwand für diese unbezahlten Sorgetätigkeiten stark erhöhen, was sich einseitig negativ auf die Zeit und Anpassungsfähigkeit von Frauen* auswirkt.

Blicken wir auf die Teilhabe und Möglichkeiten zur Mitwirkung an klimapolitischen Prozessen und Entscheidungen, sind Frauen weltweit und besonders in den Bereichen

Energie und Verkehr unterrepräsentiert. Nur zwölf Prozent der weltweiten Umweltministerien wurden 2015 von Frauen geführt. Frauen* mit lokalen Erfahrungen, Indigene usw. erhalten häufig noch nicht mal Informationen über anstehende lokale klimapolitische Maßnahmen oder Beteiligungsmöglichkeiten, auch wenn es ihnen offiziell zusteht. Mit der Folge, dass ihre Perspektiven und Bedürfnisse oftmals nicht berücksichtigt werden. Sollen nachhaltige Entscheidungen getroffen werden, müssen direkt vom Klimawandel Betroffene fester Bestandteil von Entscheidungsprozessen zum Klimawandel werden.

Die Unterschiede gehen aber über die Betroffenheit hinaus und finden sich auch in den unterschiedlichen Präferenzen bei Klimaschutzmaßnahmen wieder. Ferner prägen anhaltende Ideale von Weiblichkeit und Männlichkeit auch gesellschaftliche Konsumgewohnheiten, zum Beispiel wie wir uns ernähren oder mobil sind, was wiederum Auswirkungen auf unsere individuellen Klimabilanzen hat.

Reden wir über Gender, dreht es sich häufig mehrheitlich um Frauen. Aber natürlich haben auch Männer* besondere Verletzlichkeiten, die berücksichtigt werden müssen. Entscheidend ist aber, dass wir über die Anerkennung dieser Genderunterschiede hinauskommen und unseren Blick auf die strukturellen Aspekte lenken, um diese Strukturen zu transformieren.

Wenn wir Klima- und Geschlechtergerechtigkeit ernst meinen, brauchen wir dringend auch eine neue Form des Miteinanders. Dazu gehört eine gerechtere Verteilung von Sorgearbeit sowie politischer, ökonomischer und sozialer Macht. Und dazu gehört ebenso die Anerkennung von feministischen Klimagerechtigkeitskämpfen. Eine intersektional feministische Perspektive kann dabei helfen, diese zu finden und eine ambitionierte und transformative Klimapolitik zu schaffen.

Nanna Birk arbeitet für den Verein LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e. V. Dort setzt sie sich unter anderem mit internationalen Gender-Aktivistinnen* für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der internationalen Klimapolitik ein.



Schulen für Ökologie

Das „Center for Alternative Research & Studies“ (Zentrum für Alternative Forschung und Studien, CARES) in Mauritius ist ein Zusammenschluss von Aktivist*innen, die politische Bildung, Kampagnen, Kämpfe und Forschung zu den Themen Arbeit, Jugend, Ökologie, Feminismus und Verteidigung von Gemeingütern und Naturrechten, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und Säkularismus fördern – immer mit Blick auf den voranschreitenden Klimawandel und die Bedrohung, die durch Erderwärmung und steigende Meere entsteht. Das Zentrum unterstützt Basisbewegungen und arbeitet mit Gewerkschafts-, Jugend-, Frauenbewegungen, Kleinbäuer*innen, Fischer*innen und Künstler*innen zusammen.

Der kleine Inselstaat Mauritius wird durch die Erderwärmung in den kommenden Jahren stark bedroht sein. CARES setzt sich für die Gründung des Netzwerks „Rising Ocean People“ (Menschen im ansteigenden Ozean) ein und arbeitet im südlichen Afrika, in der südlichen Hemisphäre und global mit gleichgesinnten Bewegungen zusammen, um Sichtbarkeit für die Gefahr durch Erderwärmung, Klimawandel und steigende Meeresspiegel zu erreichen.

Die jährlich stattfindende „School of Ecology“ (Schule der Ökologie) von CARES richtet sich an junge Aktivist*innen. Ziel ist es, den Teilnehmer*innen technische und analytische Werkzeuge und einen konzeptuellen Rahmen für die gegenwärtige sozioökologische Krise zu vermitteln. CARES möchte mit der mehrtägigen Konferenz ein Bewusstsein für die Mehrdimensionalität der Krise schaffen und die Natur zum Subjekt der Überlegungen machen. Die Konferenz richtet sich an lokale und internationale Aktivist*innen und wird seit 2015 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. [as](http://caresmauritius.org/)

caresmauritius.org/



Arbeit für marginalisierte Gemeinschaften

Die Pioniere von Agramee (dt. „Pionier“) sind eine Gruppe von Aktivist*innen und Theoretiker*innen, die mit marginalisierten und unterprivilegierten Gemeinschaften in Odisha, Indien, arbeiten. Seit 1981 engagiert sich Agramee für eine auf die Menschen fokussierte, kulturell sensible und ökologisch nachhaltige Entwicklung abgelegener Stammesgemeinschaften. Ziel der NGO ist es, soziale Gerechtigkeit und Selbstversorgung zu erreichen und die wirtschaftlichen Bedingungen von armen Gemeinschaften zu verbessern.

Wenig Straßen, Hunger, Epidemien und die Monopolstellung von Bauunternehmen und Grundbesitzern, damit sah sich die NGO konfrontiert, als sie vor knapp vier Jahrzehnten ihre Arbeit in Odisha aufnahm. Am Anfang stand der Dialog, der den Aktivist*innen zu verstehen half, wie komplex die Ausbeutungssysteme vor Ort waren und wie schwierig es für die Gemeinschaften ist, ihre Menschenrechte zu erkennen und wahrzunehmen. Der Zugang zu Bildung, Justiz und Informationen ist für die NGO zentral und bildet neben einer nachhaltigen Landwirtschaft den Fokus der Arbeit. Die Selbstermächtigung der Frauen, ihr Zugang zu Bildung und sozio-ökonomischer Teilhabe ist dabei ein wichtiger Pfeiler.

Zusammen mit den Gemeinschaften entwickelt Agramee Methoden der integrierten Wald-, Land- und Wasserbewirtschaftung, um Ernährungssouveränität und nachhaltiges Ressourcenmanagement zu erreichen. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung führt die NGO Schulungen für Bäuerinnen und Bauern zu Themen wie Mehrkulturenanbau, ökologischer Schädlingsbekämpfung und ganzheitlicher Bewirtschaftung durch. Auch Hygiene, Alkoholismus und Kindererziehung spielen bei der Arbeit der NGO mit den Menschen in Odisha eine Rolle. [as](http://agramee.org/)

agramee.org/



Anlaufstelle für Beschwerden über Umweltverletzungen

Die Philippinen gehören zu den fünf mineralreichsten Ländern der Erde. Gold, Nickel, Eisen, Kupfer lagern in der Erde. Millionen Menschen sind vom Bergbau betroffen, leben von ihm oder leiden unter seinen Folgen. Umweltschützer und Anti-Bergbau-Aktivist*innen versuchen, geplante weitere Bergbauvorhaben zu verhindern bzw. auf die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu dringen. Besonders empfindliche Ökosysteme, so ihre Forderung, sollen als No-go-Zonen für Bergbau deklariert werden. Die Politik hält dagegen – wenn es sein muss, mit Gewalt.

CEC (Center for Environmental Concerns) ist eine Nichtregierungsorganisation, die philippinische Gemeinden dabei unterstützt, Umweltverletzungen zu benennen und sich für ihre Rechte einzusetzen. Sie wurde bereits 1989 gegründet und setzte sich zum Ziel, Fischer, Bäuerinnen und Bauern, indigene Völker, Frauen und die arme Landbevölkerung zu vertreten. Dafür arbeitet die Organisation eng mit Gemeinden und anderen Initiativen zusammen und unterstützt landesweit deren Bemühungen für den Erhalt und den Schutz der Ökosysteme und natürlichen Ressourcen, wobei es zu den erklärten Absichten gehört, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. CEC ist international gut vernetzt, bekommt Unterstützung vom UNHCR und setzt auf Bildung, indem zum Beispiel auch Materialien für Menschen bereitgestellt werden, die des Lesens und Schreibens nicht mächtig sind.

Das ist nicht einfach unter einer Regierung wie der, die von Präsident Duterte geführt wird. Nach dem Amtsantritt Dutertes sah es für kurze Zeit so aus, als würde Gina Lopez zur Umweltministerin ernannt, die empfohlen hatte, mehr als 70 Minen aufgrund von Verstößen gegen Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu schließen. Lopez wurde nicht Ministerin, stattdessen wurde ein Nachfolger benannt, der eher eine bergbaufreundliche Haltung vertritt.

cecpills.org



Russischer Kolka-Gletscher kollabiert. Dieses Foto des Berges Kazbek wurde am 13. August 2002 von der Internationalen Raumstation aus aufgenommen. Die Astronauten und Kosmonauten machten das Foto auf Anfrage des russischen URAGAN-Projekts, das die Veränderungen der Gletscher der Welt als Reaktion auf den globalen Klimawandel untersucht. Obwohl die Wissenschaftler die Möglichkeit großer Gletschereintrüche im Zuge der Klimaerwärmung vorhergesagt haben, sagte niemand voraus, dass das Bergdorf Karmadon etwas mehr als einen Monat später von einer Lawine begraben werden würde.

Warum wir über Reparationen reden müssen

Der globale Süden fordert Wiedergutmachung für die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels – von den Verursachern im Norden. Von Laura Geiger

Unser Wirtschaftsmodell basiert auf ungehindertem und damit unbegrenztem Wachstum. Im Wesentlichen geht es um die Akkumulation von Kapital als Grundvoraussetzung dieses Wirtschaftsmodells, es geht nicht um die Befriedigung der Grundbedürfnisse von Menschen. In der logischen Konsequenz ist auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ein unbegrenztes Wachstum schlichtweg nicht möglich, ohne damit unsere Existenz infrage zu stellen. Wir stecken in einer systemischen Krise. Eine Leugnung des Sachverhalts ist wahnwitzig und unverantwortlich unserer Zivilisation und allen kommenden Generationen gegenüber.

Die Erde hat limitierte Ressourcen, und dies bestimmt, was für funktionierende Ökosys-

teme überhaupt tragbar ist. Die für die sogenannten planetarischen Grenzen festgelegten Schwellenwerte sind bereits überschritten. Bereits Karl Marx hat auf das nötige Gleichgewicht zur Erhaltung der Stoffkreisläufe als Grundvoraussetzung für sozial-ökologisches Wirtschaften hingewiesen.

Es geht nicht nur darum, was der Erde an Rohstoffen entnommen wird und welche negativen Folgen dies in erster Instanz zeitigt. Es geht auch um die (Über-)Nutzung unserer Ökosysteme und die daraus erwachsenden Folgen, wie zum Beispiel den immensen Eintrag von Stickstoff und Phosphor in den Boden durch landwirtschaftliche Nutzung, natürlich neben den gigantischen Kohlendioxid-Emissionen.

Begrenzte Ressourcen und begrenzte Kapazitäten der Ökosysteme auf der einen Seite sowie Externalisierung der aus Umweltverschmutzung und Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts entstehenden Kosten auf der anderen Seite beschreiben den gegenwärtigen Zustand. So entsteht durch die Umwidmung gigantischer Waldflächen zu Agrarland oder Industrieflächen ein Verlust an Regulierungskapazitäten für das Klima; die Resilienz (Pufferkapazität), mit Extremwetterereignissen, Klimaregulierung und invasiven Arten etc. umzugehen, sinkt. Die Klimakrise ist Teil einer umfassenden ökologischen Krise – beide verstärken sich. Und sie hat eine Geschichte.

Die Plünderung von Ressourcen hat mit der industriellen Revolution begonnen und seit-

dem stetig zugenommen. Vor allem war es der globale Norden, der den globalen Süden seiner Rohstoffe wegen ausbeutete – mit verheerenden Folgen für Menschen und Umwelt. Diese Ausbeutung war und ist die Basis des westlichen Wohlstandsmodells. Zu allem kommen noch globale Landnahmen hinzu. Schätzungsweise 30 Millionen Hektar Land wurden allein auf dem afrikanischen Kontinent in jüngerer Zeit für Agrarnutzung aufgekauft – von anderen Ländern und internationalen Konzernen.

Der Hunger nach Energie ist nicht damit zu erklären, dass Einfamilienhäuser im kalten Norden geheizt werden müssen. Vielmehr sind es die „verschwendenden“ Energien, um die es geht: Schiffs- und Flugverkehr schlagen hier beträchtlich zu Buche. Man kann dies auch unter „Luxury Emissions“ zusammenfassen. Dabei muss die historische Verantwortung für die Ausbeutung von Ressourcen differenziert betrachtet werden. Einem Prozent der Weltbevölkerung gehört mehr als den „restlichen“ 99 Prozent, hat der Oxfam-Bericht 2016 konstatiert.

Wenn unter dem neuen grünen Deckmantel heute wertvolle Rohstoffe, wie Nickel, in Indonesien gefördert werden, um sie unter anderem in deutschen Elektroautos zu nutzen, wird ein neues Kapitel der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen aufgeschlagen. Ausländische Investoren verdienen und lassen Land und Leute auf den Kosten sitzen. Ähnliches passiert bei der Produktion von Biokraftstoffen, für die Regenwälder Palmölpflanzungen weichen mussten, damit anderswo landwirtschaftliche Großgeräte mit Biokraftstoff fahren können. Bei dieser „Green Economy“ geht es nicht darum, die ökologischen Grenzen des Planeten einzuhalten, sondern darum, diese mittels technischer Innovationen zu erweitern, wie der verstorbene Ökonom Elmar Altvater einmal schrieb.

Es gibt noch nicht ausreichend pragmatische Antworten, aber der Green New Deal ist auf keinen Fall die richtige. Allerdings gibt es Fragen, die gestellt werden müssen, um den Weg zu einer sozial-ökologischen Zivilisation zu ermöglichen.

Wie müssen Steuern und andere Regularien festgeschrieben werden, um den nötigen positiven Effekt für Mensch und Natur zu erzielen und Märkte und Konzerne maßgeblich zu beeinflussen? Kann eine CO₂-Steuer das tatsächlich leisten, wenn die Tonne CO₂ zwischen 34 und 68 Euro kostet, wie es hierzulande gefordert wird? Wie müssten eine Ressourcen- und Rohstoffsteuer oder eine Umweltnutzungssteuer aussehen, um die externalisierten Kosten tatsächlich abzubilden? Warum führen zum Beispiel zehn Euro pro Tonne nur dazu, dass ein Handy 75 Cent teurer wird? Wer kann, wer sollte Nutznießer der Einnahmen sein? Der Staat, die Gemeinden, die Naturschutzorganisationen, die sie für die Rehabilitation der Ökosysteme nutzen? Und sollte nicht ein Teil in einen Allmende- oder einen Commons-Fonds einfließen?

In einigen Ländern gibt es zu den unterschiedlichen Steuern schon Versuche. An einer sogenannten Umweltsteuer versuchen sich Länder wie Indien, Indonesien, Thailand, Vietnam und China. Auch die EU und Deutschland erzielen bereits umweltbezogene Steuereinnahmen, diese lagen bis vor kurzem noch bei vier Prozent der Gesamteinnahmen und sollen bis zu einem Anteil von zehn Prozent steigen. Das wäre allerdings lächerlich, wenn die umweltschädlichen Subventionen die gleiche Summe an Geld verschlingen.

Stattdessen wäre es gerecht, wenn für die (Über-)Nutzung der Atmosphäre und der Weltmeere als der globalen Gemeinschaftsgüter schlechthin ebenso eine Zahlung erfolgt, um in Ansätzen die Schäden auszugleichen. Und was, wenn man das Konzept der Gemeinschaftsgüter auch auf Ressourcen wie Öl, Gas, Mineralien etc. ausdehnt, die entstanden sind, lange bevor es Nationalstaaten gab? Wie kann es sein, dass diese Gemeinschaftsgüter an einzelne Unternehmen verkauft werden können und die Gemeinschaft leer ausgeht? Konzessionen stehen in keinem Verhältnis zu dem eigentlichen Wert, den diese Ressourcen darstellen. Historisch wurden diese Ressourcen verschertelt.

Deshalb muss zusätzlich über sogenannte Reparationszahlungen nachgedacht werden. Die Stimmen aus dem globalen Süden sind da sehr deutlich. Die Klimagerechtigkeitsaktivistin Lidy Nacpil vom „Asian Peoples' Movement on Debt and Development“ fordert Wiedergutmachung für die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels. „Die Verwundbarsten tragen die geringste Verantwortung und leiden dennoch am meisten. Diejenigen, die die größte Verantwortung tragen, haben auch immens von dem System profitiert, das einen übermäßigen Einsatz von Treibhausgasemissionen mit sich brachte. Sie müssen Reparationen leisten.“ Wie die Umsetzung, die Berechnung, genau aussehen kann, ist zweitrangig. Diskutiert wird, dass ein gewisser Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts für einen Reparationsfonds bereitgestellt werden soll. Diese Überlegungen gibt es inzwischen sogar im Rahmen der UN-Verhandlungen, in unterschiedlichen Auslegungen, allerdings leider bisher ohne jegliche Wirkung.

Man kann sagen: Steuern und Ausgleichszahlungen sind sicher Lösungen, um die Effekte des derzeitigen ungerechten Wirtschaftssystems abzufedern. Vielleicht können sie auch dazu dienen, eine Transformation einzuleiten. Da aber fundamentale Besitzverhältnisse, wie das Fortbestehen von Monopolen und Großkapital und deren ungehemmte Wachstumsorientierung, unberührt bleiben, muss die grundlegende Forderung langfristig die nach einem konsequenten Wechsel unseres Wirtschaftssystems sein.

Laura Geiger, Philippinen, ist Direktorin des Dialogprogramms Klimagerechtigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Limity jsme my – Ende Gelände in Tschechien

Die Region Ústecký kraj im Nordwesten Böhmens ist das Herz der tschechischen Energieindustrie. Hier liegt das nordböhmische Kohlebecken, aus dem der Großteil der tschechischen Braunkohle gefördert wird. Hier leben rund 820.000 Menschen, 7.000 arbeiten in der Braunkohle. Mangelnde Gesundheitsversorgung und hohe Luftverschmutzung haben zur Folge, dass in dieser Region die Sterblichkeitsrate am höchsten ist. 1991 verfügte ein Dekret, dass Braunkohleabbau begrenzt werden. Gewerkschaften und Konzerne drängen seitdem jedoch auf Ausweitung der Fördergrenzen. 2015 unterbrach eine Regierungsentcheidung die vorsichtige Einschränkung des Braunkohlebergbaus. In diesem Jahr will die Regierung erneut über eine zeitliche Ausweitung der Kohleförderung diskutieren, im Gespräch ist das Jahr 2050. Der größte tschechische Energiekonzern CEZ ist dabei, den Tagebau Bílina zu erweitern, und die Regierung unterstützt alte Kohlekraftwerksflotten, die fast ausschließlich dem Export von Strom ins Ausland dienen.

2016 übernahm die Prager Energieholding EPH das Braunkohlegeschäft von Vattenfall in der Lausitz und kontrolliert seitdem fast die Hälfte der Braunkohleproduktion in Deutschland. Hier decken Braun- und Steinkohle noch immer rund 40 Prozent des Energiebedarfs.

Im Juni 2018 besetzten Klimaaktivist*innen der Gruppe „Limity jsme my“ (Wir sind die Grenzwerte) den Tagebau Bílina in Nordböhmen. Rund 200 von ihnen wurden festgenommen. Unterstützt wird die Gruppe von „Ende Gelände“, einem europäischen Bündnis, das sich aus vielen sozialen Bewegungen speist und seit 2015 Anti-Atom- und Anti-Kohle-Proteste organisiert. Seitdem hat Tschechien eine aktive und laute Anti-Kohle-Bewegung.

ende-gelaende.org
limityjsmemy.cz/de/



Widerstand gegen

KOHLEKRAFT

in Deutschland

TEMPERATURREIHE DER GROßEN VIERT



WEITERE INFORMATIONEN

	Kapazität in MW	angebaute Leistung in MW	Beginn der Kraftwerks-Stilllegung	Jahr der vollständigen Stilllegung
Braunkohle-Block	198	11.984	17. Jh.	-
Leucht-Block	198	21.240	18. Jh.	-
Stromerzeuger-Block	47	22.880	17. Jh.	-
Steinkohle-Block	5	2.801	19. Jh.	2017

- LEGENDE
-  Kohlekraftwerk
 -  Protest
 -  Stilllegung
 -  Kohlekraftwerk
 -  Stilllegung
 -  Kohlekraftwerk
 -  Stilllegung
 -  Kohlekraftwerk
 -  Stilllegung
 -  Kohlekraftwerk
 -  Stilllegung
 -  Kohlekraftwerk
 -  Stilllegung
 -  Kohlekraftwerk
 -  Stilllegung
-  Wasserkraftwerk in „Ausschuss“-Produktion für eigenere Nutzung
-  Stilllegung